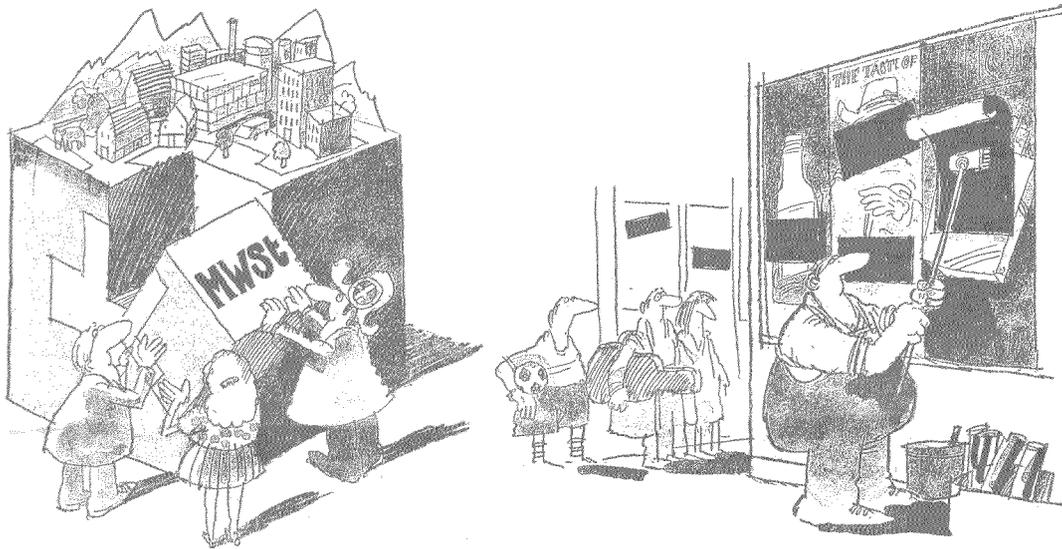


# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
Kretz Annoncen AG (Herrliberg)

## Wichtiger Urnengang



So sieht der Karikaturist im Bundesbüchlein die Abstimmungsvorlagen vom 28. November 1993.

Einmal mehr stimmen wir am 28. November 1993 über anspruchsvolle Vorlagen ab. Vier Fragen gelten allein der Mehrwertsteuer, und man muss gut informiert sein, um seiner Meinung auch wirklich Ausdruck geben zu können. Zwei weitere Fragen betreffen die sogenannten Zwillingsinitiativen «zur Verminderung der Alkoholprobleme» und «zur Verminderung der Tabakprobleme».

AMK. In der ersten der vier gestellten Fragen zur Mehrwertsteuer geht es darum, die Umwandlung von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer vorzunehmen, und zwar bei einem gleichbleibenden Satz von 6,2 Prozent.

Der zweite Bundesbeschluss sieht die Möglichkeit vor, den Steuersatz um 0,3 Prozent auf 6,5 Prozent zu erhöhen und so dem Bundeshaushalt Mehreinnahmen von rund 500 Millionen Franken zu bringen.

Drittens ist vorgesehen, dass der Mehrwertsteuersatz, wenn aus demographischen Gründen die Finanzierung der AHV/IV nicht mehr möglich ist, um höchstens ein Prozent erhöht werden kann.

Die vierte Frage behandelt eine sprachliche Anpassung in der Bundesverfassung.

Am 28. November 1993 stimmen wir auch über die beiden Volksinitiativen «zur Verminderung der Alkoholprobleme» und «zur Verminderung der Tabakprobleme» ab. So löblich das Ziel ist – der Weg des totalen Werbeverbotes, den die Zwillingsinitiativen vorschlagen, ist abzulehnen.

Lesen Sie ab Seite 5

Eidg. Abstimmung vom 28. November 1993:

## FDP-Parolen

### MEHRWERTSTEUER

- JA** zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über die Finanzordnung Systemwechsel, 6,2 Prozent
- JA** zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über einen Beitrag zur Gesundung der Bundesfinanzen Erhöhung um 0,3 Prozent auf 6,5 Prozent
- JA** zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung
- JA** zum Bundesbeschluss vom 18. Juni 1993 über besondere Verbrauchssteuern

### ZWILLINGS-INITIATIVEN

- NEIN** zur Volksinitiative «zur Verminderung der Alkoholprobleme»
- NEIN** zur Volksinitiative «zur Verminderung der Tabakprobleme»

## Inhalt

- Wie kann freisinnige Abfallpolitik aussehen? Lesen Sie ab Seite **10**
- Die freisinnigen Frauen beschäftigten sich mit dem Gleichstellungsgesetz auf Seite **13**
- Eine nachahmenswerte Idee findet Nationalrat Loeb die Einladung während der Session in eine Genfer Familie. Er erzählt davon auf Seite **15**

# Entscheidung in Russland ist erst Etappe

**In den vergangenen zwei Jahren versank Russland immer tiefer im Sumpf der Schlammschlachten seiner Politiker. Präsident Boris Jelzin hat den Kampf gegen das von Alt-Kommunisten und Nationalisten beherrschte Parlament letztlich für sich entschieden, allerdings zum ungeheuerlichen Preis von 150 Toten.**

◊ Jacques Baumgartner

Jelzins Gegner hatten zu den Waffen gegriffen, hatten sich im Parlament verschanzt und sogar zum Bürgerkrieg aufgerufen. Die Armee hielt zu Jelzin und schlug die Rebellion nieder. Die Armee und Jelzin sind aus dem Machtkampf (vorderhand) gestärkt hervorgegangen. Die Entscheidung in der Schlacht um das Weisse Haus genannte Parlamentsgebäude in Moskau ist aber erst Etappe auf einem beschwerlichen Weg.

Am 11. und 12. Dezember sollen die Russen ein neues Parlament wählen, das Duma. An diesem wird es liegen, eine neue Verfassung auszuarbeiten und zu verabschieden. Die Parlamentsneuwahlen werden Russland noch nicht zur Demokratie im westlichen Verständnis wandeln. Aber es ist immerhin ein Anfang und auch der Grund, weshalb sich die westlichen Demokratien hinter Jelzin stellten. Er, der einzige durch Volkswahl legitimierte Russe, ist vorderhand der Garant für demokratische Reformen in der Politik und damit einhergehend in der Wirtschaft. Ob der Wandlungsprozess letztlich in Demokratie mündet, wird sich vielleicht in 20 bis 25 Jahren zeigen.

## Weg vom Zentralismus?

Wichtig ist, dass sich auch die lokalen Sowjets, diese ebenfalls noch aus der Sowjet-Zeit stammenden «Räte», freiwillig «auflösen»; Jelzin hat sie dazu aufgefordert. Auch in diesen «Räten» haben noch Alt-Kommunisten und Gross-Russland-Nationali-

sten und -Chauvinisten das Sagen. Allgemein verstärkt sich in Russland die Tendenz weg von der zentralistischen Führung. Ein russischer Bundesstaat, wobei die Bundesrepublik Deutschland oder die Schweiz als Modell stehen könnten, ist dereinst durchaus denkbar.

## Hunderte von Parteien

Derzeit gibt es in Russland noch keine tragenden politischen Parteien als der Grundlage jeder Demokratie. Es gibt Hunderte von sogenannten Parteien, von politischen Bewegungen und Gruppierungen, aber lediglich eine Partei behauptet von sich, über eine halbe Million Mitglieder zu zählen. Es ist die alte, jetzt *Russische Kommunistische Partei*.

Die *Demokratische Partei Russlands*, die im Juni 1991 die Wahl Jelzins zum Präsidenten unterstützt hatte, ist auf wenige tausend Mitglieder geschrumpft.

Nach dem Putsch der Kreml-Konservativen am 19. August 1991 schossen «Parteien» wie Pilze aus dem Boden. Vor der blutigen Machtprobe hatte Jegor Gaidar einen *politischen Block, eine Vereinigung privater und privatisierter Unternehmungen*, gebildet. Gaidar war Jelzins Ministerpräsident gewesen. Jelzin musste ihn dem Parlament opfern; jetzt ist er wieder Stellvertretender Ministerpräsident.

Ebenfalls vor den «Ereignissen» hatte am 8. September Juri Skokow das *«Gesellschaftliche Verständigungskomitee fürs Vaterland»* gegründet. Von diesem Komitee wurde behauptet, es könnte sich als bedeutende politische Kraft entpuppen. Skokow

leitete, bevor er sich mit Jelzin zerstritt, den Sicherheitsrat, dirigierte und koordinierte die Ministerien für nationale Sicherheit, Inneres, Verteidigung und den Geheimdienst KGB. In seinen Stab hatte er beste, zuverlässigste Offiziere des Ex-KGB geholt.

Skokows Quasi-Verbündeter war und ist Arkadi Wolski. Skokow hat beträchtlichen Einfluss bei den Industriebetrieben der einzelnen Regionen. Wolski wiederum leitet die *Bürgerunion*. Diese ist der einflussreichste politische Block in Russland. Die Bürgerunion befürwortet marktwirtschaftliche Reformen, ist aber für ein «langsames Tempo». Wolski präsidiert den Russischen Industriellen- und Unternehmerverein. Denkbar ist, dass er sich mit Gaidars Vereinigung verbündet.

Zukunft könnte auch die *Partei für Wirtschaftliche Freiheit* von Konstantin Borowoi haben. Borowoi behauptet, bereits über 170 regionale (Partei-)Büros zu haben und Zulauf zu erhalten. Ein Bündnis mit Gaidar und Wolski ist möglich, aber russisches «Hindernis» ist, dass – wenn sich Politiker finden, um eine Partei oder ein Bündnis zu schmieden – schon bald der eine oder andere wieder abspringt und seine Bewegung bildet.

Aus der Vielzahl (die aber keine Fülle ist) der weiteren Parteien, politischen Bewegungen und Gruppierungen seien einige herausgegriffen:

Die *Slawische Wirtschaftsunion*, die sich «die geistige und wirtschaftliche Wiedergeburt der slawischen Völker» zur Hauptaufgabe gemacht hat. (25 Millionen Russen lebten ausserhalb der Grenzen ihrer historischen Heimat.) Die genannte *Russische Demokratische Partei* wurde im Frühjahr 1990 gegründet, und zwar als Opposition zur damals noch herrschenden KPdSU. Die Partei splitterte sich bald einmal auf.

Die *Sozialdemokratische Partei* setzt sich für soziale Reformen und für die Errichtung einer «echten Sozialdemokratie» ein. Die *Republikanische Partei* ist ein Abkömmling der Demokratischen Plattform und «bedient» sich bolschewistischer Parolen wie «Frieden, Brot und Land». Die *Bauernpartei Russlands* fordert Boden für die Landwirte, die Regierung müsse der Entwicklung der Landwirtschaft Vorrang einräumen.

Die *Russische Christlich-Demokratische Bewegung* strebt «radikale Änderungen auf der Grundlage christlicher Prinzipien» an. Die *Volkspartei Freies Russland* wurde 1991 gegründet, wobei Gründungspate Aleksandr Ruzkoi war. Die *Konsolidierungspartei* entstand im September 1992 und erhält teilweise Unterstützung vom militärisch-industriellen Komplex. Diese Partei setzte sich für die Restauration der früheren Sowjetunion ein.

Die *Russische Bürgerlich-Demokratische Partei* wurde von Abkömmlingen der Russischen Demokratischen Partei und der Demokratischen Partei gegründet. Die *Russische Partei für Demokratische Änderungen* wurde vom früheren Bürgermeister von Moskau, Gawril Popow, gebildet, und zwar im Versuch, alle demokratischen Gruppierungen Russlands unter einen Hut zu bringen. Erfolgrlos.

Die *Russische Kommunistische Arbeiterpartei* tritt für die Planwirtschaft, für die Restauration der Ex-Sowjetunion ein. Die *Konservative Partei* ist «links» vom Zentrum angesiedelt. Gebildet wurde sie von «Abgängern» der Russischen Demokratischen Partei. Die *Nationale Republikanische Partei* ist die grösste nationalistische Partei, hervorgegangen aus der «Pamjat»-Bewegung (Erinnerung). Eine *Europäische Liberal-Demokratische Partei* tritt politisch kaum in Erscheinung wie auch die *Russische Menschenrechtspartei*...

Wie auch die Dezember-Wahlen ausgehen mögen, Russland wird auch in Zukunft in der internationalen Politik und in der Wirtschaft eine erhebliche Rolle spielen.

# Kathrin Martelli-Kenner möchte den Tag um vier Stunden verlängern

**Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?**

Auf die sich langsam durchsetzende Einsicht, dass die grossen Probleme unserer Zeit nur global, mit einer neuen «Erdpolitik», angegangen werden können.

**Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?**

Die Zunahme der Weltbevölkerung und das damit verbundene, immer grösser werdende Gefälle zwischen Arm und Reich.

**Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?**

Die wichtigste Erfindung ist für mich die Kommunikation zwischen Menschen, die entbehrlichste biologische und chemische Waffen.

**Was lieben Sie an der Schweiz?**

Die bevorzugte geographische Lage, die Vielfalt der Landschaften und Kulturen auf kleinem Raum und die freiheitliche, aber

anspruchsvolle Form des Zusammenlebens in einer direkten Demokratie.

**Was misfällt Ihnen in unserem Land?**

Das Beharren auf dem «Sonderfall» Schweiz und die damit verbundene zunehmende Abkapselung gegenüber Europa.

**Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russels einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?**

Grundsätzlich ja, wobei ich die Minderheiten, die Fortschritt ermöglichen, als die seltene Spezies Menschen umschreiben möchte, die bereit ist, ausgetretene Pfade zu verlassen, neue Ideen und Visionen zu entwickeln und diese unabhängig von persönlichen Vorteilen und Befindlichkeiten zu vertreten und zu verwirklichen.

**Warum sind Sie bei der FDP?**

Weil die FDP die liberalen Grundsätze wie Freiheit und Verantwortung, Gleichheit und Vielfalt,



Kathrin Martelli-Kenner als Ehrengast der Zunft Witikon am Sechseläuten 1992.

Toleranz und Solidarität am überzeugendsten vertritt.

**Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?**

Michail Gorbatschew, weil er den Ostblockländern die Türe geöffnet hat in eine zwar schwierige, aber freiheitliche und demokratische Zukunft.

**Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?**

Mich überzeugen Politikerinnen und Politiker, die das, was sie vertreten, auch glaubhaft leben.

**Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?**

Dass wir uns in einer historischen Entwicklung befinden, die (hoffentlich!) zu einer gleichberechtigten und partnerschaftlichen Gesellschaft führt.

**Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?**

Meine persönlichen Eigenschaften wie Überzeugungskraft, Durchhaltewillen, Optimismus, Ausgeglichenheit, Gerechtigkeitssinn, Toleranz und Offenheit können sowohl Stärke als auch Schwäche sein. Es ist immer eine Frage des Masses . . .

**Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?**

«Einheit Schweiz. Reflexionen über den Zustand des Landes». Eine interessante Neuerscheinung, die Analysen verschiedener Autorinnen und Autoren zur Situation nach dem EWR-Nein und den Bundesratswahlen vom März 93 beinhaltet.

**Was tun Sie, um sich fit zu halten?**

Eine gewisse Grundfitness «erlaube» ich mir, indem ich alles, was in einer halben Stunde erreichbar ist, zu Fuss gehe. Dazu kommt Gymnastik, um die Beweglichkeit zu erhalten, und im Sommer Schwimmen, im Winter Skifahren und Langlaufen.

**Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?**

Den 24-Stunden-Tag um mindestens vier Stunden verlängern, damit ich alles tun könnte, was ich tun möchte.

**Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?**

Die Philosophin Jeanne Hersch, weil ich mit ihr gerne über ihre Philosophie, die stark in den Traditionen verhaftet, aber gleichzeitig sehr offen und liberal ist, diskutieren möchte. ■

## KURZBIOGRAPHIE

### Kathrin Martelli-Kenner

**Zur Person:** Aufgewachsen und wohnhaft im Zürcher Seefeldquartier, verheiratet, 2 Kinder (18 und 21 Jahre).

**Alter:** 41

**Berufliche Stationen:** Ausgebildete Sekretärin (KV-Abschluss), berufliche Tätigkeit bei einer Arbeitgeberorganisation und einem Patentanwalt, seit 1975 Mutter und Hausfrau und politisch tätig.

**Politischer Werdegang:** 1982 bis 1988 Kreisparteipräsidentin

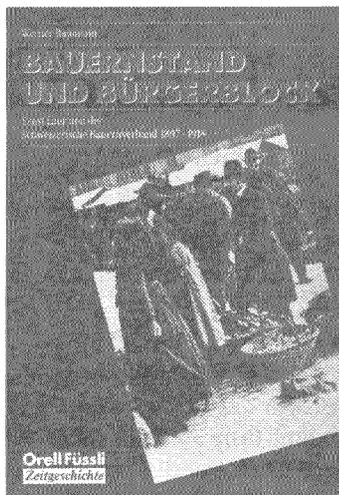
FDP Zürich 8, seit 1982 Vorstandsmitglied FDP Stadt Zürich, seit 1990 Präsidentin der Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen der Stadt Zürich, seit 1992 Mitglied der Geschäftsleitung FDP Kanton Zürich. Gemeinderätin der Stadt Zürich (Legislative) seit 1987, Präsidentin des Gemeinderates 1991/92, Stadtratskandidatin (Exekutive) für die Wahlen März 1994.

**Liebste Tätigkeit:** Diskutieren.

# Bauernstand und Bürgerblock

**Eine Epoche scheint sich ihrem Ende zuzuneigen. Eine Epoche, in welcher die Schweizer Bauern in einer scheinbar natürlichen Allianz mit der Industrie und den bürgerlichen Parteien eine Politik der kontrollierten Modernisierung mit der Erhaltung eines relativ geschützten Status zu verbinden wussten. Die Anfänge dieser Landwirtschaftspolitik fallen in eine Zeit, die durchaus Parallelen zur Gegenwart aufweist.**

Vor hundert Jahren befanden sich die Bauern in einer ähnlichen Lage wie heute: Durch den Aufschwung des Welthandels in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht und durch das Wachstum der Industrie zunehmend an den Rand der Gesellschaft gedrängt, waren sie verunsichert.



Die Meinungen, was zu tun sei, gingen weit auseinander. Während die einen von einer bäuerlich dominierten, traditionellen Gesellschaft träumten, wollten andere die Bauern in eine Allianz mit der Arbeiterschaft und der Linken führen.

Wenn sich schliesslich als dritte Option eine protektionistische und zugleich modernisierende Politik sowie ein Bündnis mit Bürgertum und Industrie durchsetzten, so hatten der 1897 gegründete Bauernverband und dessen mächtiger Führer, Ernst Laur, daran einen wesentlichen Anteil. Die oft als selbstverständlich betrachtete Allianz von Bauern und Bürgern war keineswegs vorgegeben. Das zeigt ihre Ent-

stehungsgeschichte.

Das Buch «Bauernstand und Bürgerblock» von Werner Baumann\* zeichnet diese Geschichte nach. Es untersucht für die Zeit von 1890 bis 1918:

- die Entstehung und Entwicklung des Schweizerischen Bauernverbandes, eines der wirksamsten Interessenverbände der Schweiz: Er übte nicht nur wirtschaftspolitischen Einfluss aus, sondern prägte auch die Stellung der Bauern in der modernen Gesellschaft, indem er sie zum selbstbewussten Bauernstand formte und diesen ideologisch zum Grundpfeiler und Kraftquell der Nation erklärte;

- die Stellung der Bauern in der Schweizer Politik am Anfang dieses Jahrhunderts, d. h. die Vorbereitung und Herausbildung jenes differenzierten Bürgerblocks gegen links, der dann nach dem Ersten Weltkrieg zum Tragen kam und die schweizerische Politik des zwanzigsten Jahrhunderts bestimmte;

- die Entwicklung einer Ideologie des Bauerntums zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, die sich nach dem Ersten Weltkrieg mehr und mehr zu einer Ideologie der Schweiz ausweiten und im Zweiten Weltkrieg ihre Blütezeit erleben sollte;

- die zentrale Figur all dieser Entwicklungen, den «Bauernkönig» Ernst Laur.

Als Agrarwissenschaftler und Verbandspolitiker führte Laur während 41 Jahren (1898–1939)

\* Werner Baumann: Bauernstand und Bürgerblock. Reihe Zeitgeschichte. Orell Füssli Verlag, Zürich 1993. 430 Seiten und 24 Seiten Bildteil, 68 Franken.

den neuen Verband und übte damit einen enormen Einfluss auf dessen Entwicklung und die schweizerische Wirtschaftspolitik aus; als Delegierter für die Handelsverträge gestaltete er die Aussenhandelspolitik mit; als Professor an der ETH (1908–37) beeinflusste er während Jahrzehnten auch die agrarische Elite

der Schweiz und die internationale Agrarwissenschaft, als Ideologe prägte er das öffentliche Bewusstsein.

Laur war allerdings nicht einfach Repräsentant und Sprachrohr «der Bauern», sondern in erster Linie Exponent einer agrarischen Bildungselite. Er sah die Bauern von aussen – wirtschaftlich durch die Brille der Nationalökonomie.

Er prägte damit den Blick auf die Bauern bis heute. Dieses Buch wirft erstmals einen kritischen Blick aus der historischen Distanz auf die Anfänge der schweizerischen Agrarpolitik.

## Reflexionen

**Seit dem negativen Ausgang der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 befindet sich die Schweiz in einer offensichtlichen Krise, die sich nicht nur auf die Politik beschränkt.**

Die Schweiz galt während Jahrzehnten als ein Land, in dem Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen in wichtigen Fragen in Kompromisse mündeten. Die Abstimmung vom 6. Dezember 1992 über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum hat gezeigt, dass die gegen Ende des Jahrhunderts anstehenden Probleme auf diesem sozusagen klassischen Weg nicht mehr gelöst werden können. Darob ist eine noch selten dagewesene Verunsicherung entstanden. Die Schweizer sind nicht mehr gewohnt, in nationalen Grundsatzfragen uneinig zu sein.

Alain Pichard, einer der Autoren des Buches «Einheit Schweiz»,\* charakterisiert die heutige Situation wie folgt:

«Das Land der traditionellen Kompromisse sah sich Spaltungen und Abgründen gegenüber. Darunter waren drei Brüche besonders augenfällig. Der erste, politische, brachte eine Mehrheit der Bevölkerung in Gegensatz zu ihren Vertretern. Der zweite, sozioökonomische, trennte die

verhältnismässig kosmopolitischen Städte von den ländlichen Regionen, die immer noch dem Mythos einer politischen Autarkie verbunden waren. Der drit-



te – weitaus erschreckendste – zog einen Graben zwischen den Sprachgruppen.»

In diesem Buch nehmen Autoren aus verschiedenen Bereichen zur aktuellen Situation Stellung. Dabei geht es um Analysen und persönliche Eindrücke, aber auch um Perspektiven, eben um «Reflexionen über den Zustand eines Landes».

\* Einheit Schweiz – Reflexionen über den Zustand eines Landes. Max Mintler (Hrsg.), Reihe Report Aktuell, Orell-Füssli-Verlag, Zürich 1993, 166 Seiten, Fr. 39.80.

## ZWILLINGSINITIATIVEN PRO

Für Prof. Dr. Felix Gutzwiller, Präventivmediziner an der Universität in Zürich, Präsident der Arbeitsgruppe Drogenpolitik der FDP der Schweiz, ist ein Werbeverbot für Alkohol- und Tabakwaren verhältnismässig und im öffentlichen Interesse.



## TITELGESCHICHTE

P M O R I  
ERICAN LIGHT TASTE



IMPRESSIONS RETROUVÉES

## ZWILLINGSINITIATIVEN CONTRA

Jost Wirz, Mitinhaber der Wirz AG, Vizepräsident des Bundes Schweizer Werbeagenturen (BSW), Mitglied des Ausschusses Medienpolitik der FDP der Schweiz, meint, dass man Menschen nicht mit Verboten vor sich selber schützen kann.



Am 28. November 1993 stimmen wir über die beiden Initiativen «zur Verminderung der Alkoholprobleme» und «zur Verminderung der Tabakprobleme» ab. Zwei prominente Freisinnige vertreten den Pro- und den Contrastandpunkt. (Photocollage Keystone/AMK)

# Die beste Werbung kann den Konsum nicht anheizen

Interview:  
Angelica Hiltmann

**Jost Wirz, Sie sind VR-Präsident der Wirz-Werbeberatung und Vizepräsident des BSW (Bund Schweizer Werbeagenturen). Wo ist Ihre Agentur grösstmässig angesiedelt, und hat sie Budgets für Alkohol und Tabak?**

Jost Wirz: «Die Wirz gehört mit 85 Mitarbeitern zu den drei grössten Agenturen der Schweiz. Momentan betreuen wir im Bereich Tabak und Alkohol ein grosses und interessantes Bier-Mandat. Ansonsten kommen unsere Kunden nicht aus diesem Bereich – und dies schon seit Jahren nicht. Doch möchte ich nicht kategorisch ausschliessen, dass die

Wirz jemals ein solches Mandat übernehmen würde.»

**Können Sie uns einige statistische Eckdaten angeben, wie hoch die Werbeausgaben für Tabak und Alkohol in der Schweiz sind?**

Jost Wirz: «Vorausschicken möchte ich, dass Fernseh- und Radiowerbung für Tabak und Alkohol auf Schweizer Kanälen strikte verboten ist. 1992 hat die Tabak- und Alkoholindustrie für Inserate in Zeitungen und Zeitschriften rund 73 Mio., in Kinos 6,8 Mio., für Plakatwerbung 29 Mio. und für Prospekte und andere Druckerzeugnisse rund 40 Mio. Fr. ausgegeben. Dies ergibt zusammen ca. 150 Mio. Fr., die nach einem Verbot ersatzlos gestrichen werden müssten, denn im Moment sehe ich keine wirtschaftliche Potenz in der

Schweiz, welche dieses Vakuum füllen könnte.

Wegfallen würden zudem alle Sponsorbeiträge für sportliche und kulturelle Veranstaltungen (hier gibt allein die Tabakindustrie ca. 25 Mio. aus), was vor allem einen Einschnitt für die jüngere Kulturszene bringen würde. Die Werbeagenturen müssten auf ca. 20 Mio. Umsatz verzichten.»

**Was soll gemäss Zwillingsinitiativen denn alles verboten werden?**

Jost Wirz: «Im Telegrammstil: Inserate in Zeitungen und Zeitschriften, Kinodias oder Filme, Plakate, jede Art von Aussenwerbung, alle Verkaufsförderungsmaßnahmen (Schirme, Aschenbecher), Degustationen, Musterverteilen und auch jede

Art von Sponsoring. Verboten ist sogar alles, was nur an Alkohol- und Tabakmarken erinnert: Dies könnte heissen, dass die Zeitschrift «Vogue» in der Schweiz nicht mehr erscheinen könnte, weil es eine Zigarette gleichen Namens gibt. Auch Cartier-Anzeigen wären nicht zugelassen, und ein Parfum namens Champagne könnte verboten werden.

Legt man den Wortlaut der Initiativen ad extenso aus, wird einem die Absurdität des Vorhabens schnell klar. Erlaubt ist nur noch, was dem Verkauf direkt am Verkaufspunkt dient.»

**Wer wäre von einer Annahme am stärksten betroffen?**

Jost Wirz: «Die grössten wirtschaftlichen Konsequenzen hätten sicher die Printmedien und das Druckgewerbe mit allen Zulieferbranchen zu tragen. In der Verlags- und Druckereibranche würde eine Annahme der Initiativen ein wahres Blutbad auslösen.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Andere Fehlbeträge, zum Beispiel im Kino, müssten direkt auf den Endverbraucher überwältigt werden.»

**Es ist eine Tatsache, dass Rauchen der Gesundheit schadet. Finden Sie es dann richtig, wenn gerade junge Menschen an Popkonzerten oder im Open-air-Kino zum Rauchen verführt werden?**

Jost Wirz: «Ich glaube kaum, dass es jemanden gibt, der die negativen Auswirkungen des Rauchens bestreitet. Doch entspricht es einer Tatsache, dass die Werbung aus Jungen keine Raucher machen kann. Dies zeigen Vergleiche mit andern Ländern ganz klar. In Norwegen mit 36 Prozent, Finnland mit 21 Prozent und in allen anderen Ländern mit Tabakwerbeverboten liegt der Anteil der 15jährigen Raucher höher als in der Schweiz mit 8 Prozent. Junge Menschen rauchen unabhängig von der Werbung. Das einzige, was die Zigarettenindustrie erreichen kann, ist eine frühe Markenbindung.

Wir leben in einem gesättigten Markt. Die beste Werbung kann da den Konsum nicht anheizen. Werbung bewirkt im freien Wettbewerb lediglich die Verschiebung von Marktanteilen.»

**Welches sind Ihre fünf Hauptargumente gegen die Zwillingsinitiativen?**

Jost Wirz: «Wie schon gesagt, wird die gewünschte Wirkung damit nicht erreicht. Ein Verbot würde sehr viel Schaden anrichten für Medien, Kultur und Werbung.

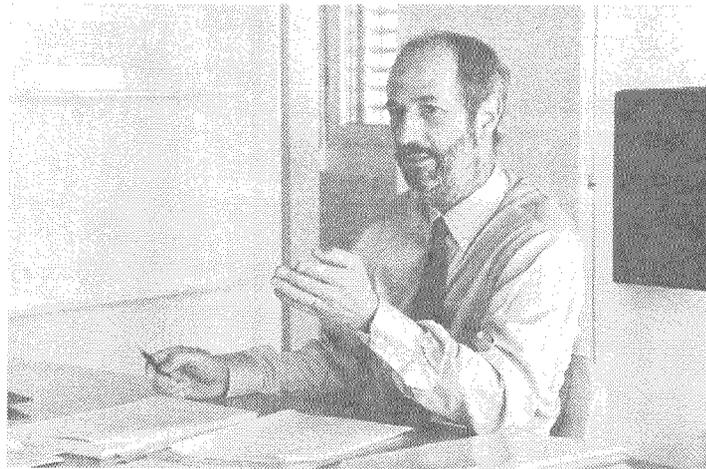
Die klare Benachteiligung von Schweizer Herstellern gegenüber internationalen Marken, die weiterhin via ausländische Medien für ihre Produkte in der Schweiz werben könnten, ist unakzeptabel. Werbeverbote sind nicht durchführbar, da sie einer Medienzensur gleichkommen. Besonders negativ finde ich den Aspekt der Bevormundung, basierend auf der Idee, dass der Mensch ein willenloses Wesen ist, das total manipuliert werden kann, ein armes Geschöpf am Gängelband der Werbung. Das ist doch kompletter Blödsinn.»

**Wenn das alles so eindeutig ist, warum kann dann eine solche Initiative so weit gehen, ja sogar bewirken, dass vom Bundesrat ein Gegenvorschlag erarbeitet wird?**

Jost Wirz: «Ich unterstelle jenen, die die Zwillingsinitiativen lanciert haben, durchaus ernste Absichten. Doch haben die Initianten auf ein untaugliches Mittel zurückgegriffen.

Ich behaupte ja nicht, dass Alkohol und Tabak, besonders wenn sie nicht massvoll genossen werden, keine gesundheitlichen oder auch persönlichen Probleme hervorrufen können. Doch raucht und trinkt der Mensch aus psychosozialen Gründen, nicht wegen eines Insetrates. Der Hebel muss an einem andern Ort angesetzt werden.

Dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet hat, ist zu bedauern. Wenn es legitim ist, Produkte herzustellen und zu verkaufen, ist es auch



**Jost Wirz: «An die Vision einer heilen Welt, die mit Verboten konstruiert worden ist, kann und will ich nicht glauben.»**

legitim, sie zu bewerben. Ich sehe darin schlicht das Recht der freien Meinungsäusserung von Firmen.

Aber es geht mir mehr ums Prinzip. Man soll keine unsinnigen Dinge in die Verfassung schreiben. Durch Verbote will man gesündere, bessere Menschen aus uns machen. Was steckt denn da für ein verheerendes Menschenbild dahinter? Das

hat nichts mehr mit Liberalismus zu tun, mit Freiheit und Mündigkeit. Uns sollte es darum gehen, aufgeklärte Bürger zu haben, die freien Zugriff auf Informationen haben. Man kann den Menschen mit Verboten nicht vor sich selbst beschützen. An die Vision einer heilen Welt, die mit Verboten konstruiert worden ist, kann und will ich nicht glauben.»

## Ja zum Verzicht auf Alkohol- und Tabakwerbung

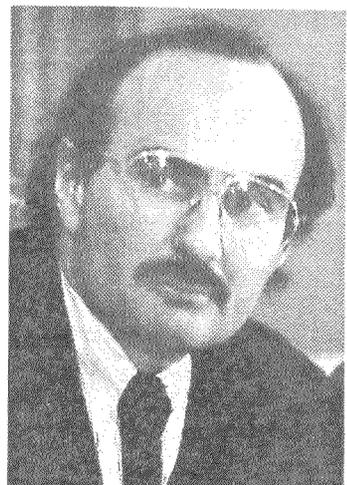
**Fordern liberale Kreise wie etwa die Schweizerische Ärztesgesellschaft oder der Schweizerische Apothekerverein eine Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit, dann müssen sie gute Gründe haben. Denn zu Recht gilt für derartige Eingriffe, dass ein überwiegendes öffentliches Interesse zu bestehen hat und die Verhältnismässigkeit gegeben sei. Beides gilt für die Forderung eines Werbeverbotes für Alkohol- und Tabakwaren.**

**Prof. Dr. med. Felix Gutzwiller, Zürich**

Selbstverständlich ist Werbung ein wichtiger Bestandteil einer liberalen Marktwirtschaft. Tabak und Alkohol sind jedoch keine gewöhnlichen Konsumgüter, sondern Substanzen mit einem hohen Abhängigkeitspotential und enormen gesundheitlichen Folgeschäden.

Der Verzicht auf die entsprechende Werbung schränkt die Handlungsfreiheit des Konsu-

menten in keiner Weise ein. Zudem unterliegt die Handels- und Gewerbefreiheit schon heute bei gesundheitsgefährdenden Substanzen vielerlei Einschränkungen. Schliesslich ist eine Dominoreaktion im Sinne immer weiterer Werbeverbote – wie sie die Gegner unterstellen – nicht zu befürchten, da Tabak und Alkohol die einzigen gesundheits-schädlichen und suchterzeugenden Substanzen sind, die ausserhalb stark einschränkender Bestimmungen, wie sie für Medikamente und Gifte bestehen, zum



**Felix Gutzwiller: «Bisher haben weder Parlament noch Bundesrat den ihnen zur Verfügung stehenden Spielraum zur Prävention von Alkohol- und Tabakproblemen ausgenützt.»**

Verkauf freigegeben sind. Das überwiegende öffentliche Interesse an einem Verzicht auf die

Fortsetzung auf Seite 8

# Wer schreibt . . .

Die FDP und zugewandte Orte rühren zurzeit massiv die Werbetrommel für die Einführung der Mehrwertsteuer (MWST). Vielleicht lassen Sie in unserem Parteiblatt auch ablehnende Stimmen zu Worte kommen? Nachstehend führe ich einige Gründe dagegen auf.

**1.** Die MWST bringt ganz klar eine Ausweitung der Zugriffsmöglichkeiten des Staates. Sie steht damit in klarem Widerspruch zur FDP-Lösung: Mehr Freiheit, weniger Staat.

**2.** Der Kreis der Steuerpflichtigen soll um 75 000 anwachsen. Das sind fünfzig Prozent mehr, als bisher von der WUST betroffen wurden. Weil die MWST meist monatlich abgerechnet wird, bezahlt oder verrechnet werden muss, kommt es zusammen mit den Jahresabrechnungen sicher auf über eine Million zusätzlicher Abrechnungen. Dafür werden die Pflichtigen nicht entschädigt; sie müssen den Mehraufwand selbst bezahlen. Auf der Gegenseite wächst das Heer der Staatsbeamten. Angeblich sollen es vorerst «nur» 180 neue Steuersekretäre sein, um den administrativen Riesenberg zu bewältigen, aber diese Zahl wird sicher anwachsen, wenn das ganze komplizierte Regelwerk greifen soll. Auch die Verwaltungsinstanzen werden zusätzlich belastet, wenn alle Abgrenzungsprobleme und -streitigkeiten entschieden werden müssen.

**3.** Ist es nicht eine Selbsttäuschung, wenn der Systemwechsel als im Interesse der Schweizer Wirtschaft liegend dargestellt wird? Mehr Steuern gleich höhere Staatsquote gleich Mehrbelastung der Wirtschaft. Ob diese auf die eine oder andere Art erfolgt, ändert nichts an der Tatsache, dass die Gesamtbelastung steigt. Über den Index, welcher um 1,8 Prozent ansteigen soll, werden die Mehrkosten auch wieder bei den Zulieferanten der Exportindustrie auf die Preise überwältigt. Die Entlastung im Export ist nur vorübergehend und deshalb keine Dauerlösung. Wäre die MWST eine solche, so

müsste es allen EG-Ländern glänzend gehen.

**4.** Die MWST ist ein sehr praktisches Mittel, um die Staatseinnahmen mit harmlos scheinenden Schritten aufzubessern. Weil schon ein Prozent mehr MWST Milliarden bringt, ist das Drehen an der Steuerschraube sehr verlockend. Bestes Vorbild sind die EG-Staaten, wo 15 Prozent der Minimalsatz sind, den anzustreben die Schweiz sich rasch auf den Weg machen wird, schon um ihre «Europatauglichkeit» zu verbessern. Eine erste Erhöhung ist bereits programmiert: ein Prozent zugunsten der AHV. Weitere werden folgen. In diesem Licht betrachtet, wirkt die

Diskussion, ob anfänglich 6,2 oder 6,5 Prozent berechnet werden, wie ein Manöver, um vom wahren Problem, dem Systemwechsel, abzulenken. Statt Sparanstrengungen: neue und höhere Steuern! Liegt das nicht quer zu unseren FDP-Lösungen?

**5.** Wie die MWST funktioniert, wird anhand einfacher Modelle dargestellt. In der Praxis ist sie alles andere als einfach. Es gibt grosse Abgrenzungsprobleme (gemäss Bundesrat Stich: recht komplizierter Erlass). Ich kenne dies aus meiner Tätigkeit aus EG-Ländern, wo ein gewaltiger Apparat beschäftigt wird und die administrative Belastung für Klein- und Mittelbetriebe sehr gross ist. Bei hohen Ansätzen ist zudem der Anreiz zur Umgehung und Führung einer «Schattenbuchhaltung», weil lohnend, sehr gross. Das wiederum bedingt eine verstärkte Kontrolltätigkeit des Staates und ein weiteres Anschwellen der Beamtenschaft.

**6.** Unerwähnt bleibt in allen Verlautbarungen die Erhebung der MWST an der Grenze. Unser bisheriges System der Gewichtszollung müsste angepasst und auf Wertverzollung umgestellt werden. Wiederum ein bürokratischer Mehraufwand.

**7.** Dreimal hat das Schweizer Volk eine MWST abgelehnt. In keinem europäischen Staat wurde die MWST durch Volksentscheid, sondern immer durch Regierungs- oder Parlamentsentscheid herbeigeführt. Die WUST hat Nachteile, diese könnten aber geglättet werden ohne Einführung der MWST. Eine Kommission Heimann hat schon vor vielen Jahren brauchbare Vorschläge gemacht.

**8.** Die MWST ist ein bürokratisches Monster, deren Einführung die Wirtschaft zusätzlich belasten würde. Es bleibt die Hoffnung, dass das Schweizer Volk sich nicht irreführen lässt und auch beim vierten Anlauf die MWST ablehnt.

Konrad Dubs, Küsnacht\*

\* Seit vierzig Jahren Leiter von Import- und Handelsgeschäften, seit 1982 im Gemeinderat Küsnacht (Exekutive), FDP-Mitglied.



Finanzexpertin FDP-Nationalrätin Vreni Spoerry in vollem Einsatz für die Mehrwertsteuer. (Photo ruti)

## . . . dem wird geschrieben

Antworten auf den Leserbrief von Konrad Dubs.

**1.** Die Mehrwertsteuer bringt in der Tat eine Ausweitung der abrechnungspflichtigen Betriebe in der Grössenordnung von 75 000 Einheiten. Zumindest die Ein-

führung des neuen Steuerverfahrens wird einen Umstellungsaufwand verursachen. Heute sind die Möglichkeiten der EDV jedoch so verbreitet, dass das Problem nicht überbewertet werden darf. Es sei denn, es störe den einzelnen Betrieb, dass die

Transparenz in der Buchhaltung grösser wird. Der vierteljährliche Abrechnungsrhythmus wird beibehalten. Nur auf Wunsch der Firma wird monatlich abgerechnet. Das Prinzip der Steuer-

Fortsetzung auf Seite 9

## Fortsetzung von Seite 6

entsprechende Werbung wird durch folgende Fakten belegt:

■ Jährlich sterben in der Schweiz rund 10 000 Personen an den Folgen des Tabakkonsums. Der Tabak enthält nicht nur krebserregende Stoffe, sondern auch Nikotin – eine Substanz, die eine starke Abhängigkeit bewirkt. Passiv inhalierter Tabakrauch ist zudem heute das gefährlichste aller verbreiteten Umweltschadstoffgemische.

■ Tabakrauch kann in beinahe alle Körpergewebe eindringen. Rauchen ist deshalb nicht nur eine wichtige Ursache der Herz-Kreislauf-Krankheiten, sondern rund ein Drittel aller Krebsfälle in der Schweiz können dem Rauchen zugerechnet werden.

■ Rund 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung trinken jeden Tag eine Menge Alkohol, die ihre Gesundheit gefährdet. Rund tausend Todesfälle gehen jährlich auf das Konto der Alkoholkrankheiten bzw. der alkoholbedingten Unfälle. Die Alkoholkrankheit von rund 150 000 Menschen betrifft eine halbe Million Männer, Frauen und Kinder.

■ Rauchen und Alkohol verursachen enorme volkswirtschaftliche Kosten (ärztliche Behandlung, Rehabilitation, Produktionsausfall). Mindestens jeder zehnte Patient in Schweizer Spitälern weist Tabak- bzw. Alkohol-schäden auf. Die Verhältnismässigkeit eines Werbeverbotes stützt sich nicht nur auf die enormen Schäden, sondern auch auf die Wirksamkeit entsprechender Massnahmen.

■ Reklame ist nicht die einzige Ursache von Alkohol- und Tabakkonsum. Aber: Werbeverbote nützen. Zu diesem Schluss kommen die Experten der Weltgesundheitsorganisation, aber auch die von der Eidgenössischen Kommission für Tabakfragen veranlasste Expertise: von 21 weltweit überhaupt durchgeführten, methodisch brauchbaren Studien über den Zusammenhang zwischen Werbung und Konsum haben 16 Studien gezeigt, dass ein solcher Zusammenhang besteht.

■ Sucht und Abhängigkeit ist ein komplexes Geschehen. Sucht-

mittelreklame trägt dazu bei, eine konsumfreundliche Haltung gegenüber Alkoholika und Tabakwaren zu erzeugen, lange bevor der Konsum aufgenommen wird. Sie missbraucht in ihren Botschaften vor allem Werte, die für Jugendliche wichtig sind. Sie unterwandert mit rund 120 Millionen pro Jahr die Glaubwürdigkeit der Gesundheitsförderung.

■ Arbeitsplätze werden nicht wirklich gefährdet.

■ Der Verzicht auf Tabak- und Alkoholwerbung bedroht weder die persönliche noch die vielzitierte Pressefreiheit. Im Gegenteil: Die Tabakwerbung kann die Pressefreiheit gefährden. Inserateauftraggeber üben einen zensurierenden Druck auch in der Schweiz auf die Berichterstattung aus, insbesondere was die Schädlichkeit des Zigarettenkonsums betrifft.

Bisher haben weder Parlament noch Bundesrat den ihnen zur

Verfügung stehenden Spielraum zur Prävention von Alkohol- und Tabakproblemen ausgenutzt (Informationskampagnen, Präventionsgelder, Preispolitik, Werbeeinschränkungen). Eine Volksinitiative muss deshalb dafür sorgen, dass die wichtigste Thematik für die Gesundheit der Schweizer und Schweizerinnen endlich ernst genommen wird. ■

## Werbeverbote sind Bumerangs.

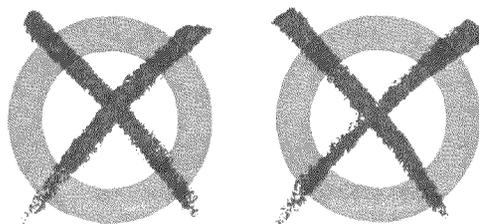
Skandinavien und die ehemaligen Ostblockländer beweisen es: Mit Werbeverböten wird nicht weniger geraucht, noch werden weniger alkoholische Getränke konsumiert. Werbeverbote sind der falsche Weg zur Gesundheitsförderung.

Werbeverbote sind nicht nur Bevormundung, sondern vielmehr gefährliche Bumerangs: Sie kosten uns weitere wertvolle Arbeitsplätze, gefährden und verteuern die Medien.

Weil gleichzeitig auch das Sponsoring verboten werden soll, kommen zahllose Konzerte (Klassik, Folklore, Rock und Pop), über 1'000 Sportanlässe und viele Vereinskassen in finanzielle Nöte.

**Werbeverbote schaden uns allen enorm und machen uns nicht gesünder!**

**Aktionskomitee gegen unbrauchbare Werbeverbote.**



**ZWILLINGSINITIATIVEN**

**2x Nein**

**AM 28. NOVEMBER 1993**

Das Aktionskomitee c/o SGV, Schwarztorstr. 26, 3007 Bern dokumentiert Sie gerne.

## Fortsetzung von Seite 7

erhebung ist einfach: Der Steuerpflichtige schuldet dem Fiskus den Differenzbetrag zwischen den Steuern auf seinen Verkäufen und den Steuern, die ihm von seinen Lieferanten auf seinen Einkäufen berechnet wurden. Zusätzlich können neu die auf den Investitionsgütern und Betriebsmitteln lastenden Steuern (Taxe occulte) vom geschuldeten Steuerbetrag abgezogen werden. Zu betonen ist zudem, dass mit der Ausdehnung der Konsumsteuer auf die Dienstleistungen heikle Abgrenzungsprobleme bei der Besteuerung verhindert werden. In diesem Sinne wird die Steuererhebung für die Steuerpflichtigen sogar vereinfacht.

**2.** Richtig ist, dass mehr Preise in Zukunft eine Konsumsteuer enthalten. Neu sind nicht nur die Waren, sondern auch die Dienstleistungen der Steuer unterstellt. In diesem Sinne wird das Steuersubstrat für die Konsumsteuer ausgeweitet. Dies führt aber nicht zu namhaften Mehreinnahmen für den Staat, weil neu die bisher auf allen Betriebsmitteln und Betriebsinvestitionen bezahlte Schattensteuer in Abzug gebracht werden kann. Hier liegt ja der Hauptgrund für die Einführung der Mehrwertsteuer. Die Investitionsbelastung, welche die Wust für die gesamte Volkswirtschaft darstellt, führt im Vergleich zu allen im Ausland produzierten Produkten und Dienstleistungen zu einer Margenverengung von heute rund zwei Prozent. Diese Margenverengung ist für die Schweiz im internationalen Konkurrenzkampf nicht länger tragbar.

**3.** Ob der Index tatsächlich um 1,8 Prozent ansteigen wird, ist umstritten. Sobald die Einsparung der berühmten Taxe occulte, also der Wegfall der Investitionssteuern, greift, wird sich diese Grösse ohnehin zurückbilden. Im übrigen ist nicht der Index zu kritisieren, sondern die Überwälzungsmechanismen.

**4.** Das Drehen an der Steuer-schraube ist sowohl bei der Wust wie auch bei der MWST in der Kompetenz des Souveräns. Ohne Zustimmung von Volk und Ständen wird kein Satz erhöht. Der

Spardruck bleibt daher glücklicherweise auch mit der MWST bestehen. Richtig ist aber eines. Sollten wir zur Finanzierung der unumgänglichen Mehrkosten aus der wachsenden Überalterung unseres Volkes die Konsumsteuer beziehen müssen, so ist das mit der MWST möglich, mit der Wust nicht. Eine Erhöhung des Wust-Satzes führt zu einer Verschärfung der Wettbewerbsnachteile für unsere Wirtschaft und zu einer weiteren Lähmung der Investitionslust in unserem Land. Da die MWST in dieser Beziehung neutral ist, ist eine Erhöhung machbar, sofern sie politisch akzeptiert wird. Ohne die Möglichkeit, im Notfall für die demographischen Kosten auf die Mehrwertsteuer ausweichen zu können, wächst der Druck auf die Lohnprozente oder die direkten Steuern.

**5.** Die Umgehungsmöglichkeiten sind bei der Wust eindeutig grösser als bei der MWST.

**6.** Der Übergang zur MWST erfordert keinen Wechsel vom Gewichtszoll zur Wertverzollung. An der geltenden Regelung bei der Einfuhr wird bezüglich der Wertbemessung nichts geändert.

**7.** Es ist richtig, dass die Investitionsbestrafung durch die Taxe occulte im Rahmen des Einphasensystems ausgemerzt werden könnte. Da dies aber mit den gleichen Einnahmeausfällen verbunden wäre wie im Mehrphasensystem der MWST, würde dies ebenfalls einen Einbezug der Dienstleistungen ins Konsumsteuersystem bedingen. Damit wären ähnliche Konsequenzen zu registrieren. Deshalb drängt es sich auf, vom schweizerischen Sonderfall Abstand zu nehmen und ein Steuersystem anzuwenden, das alle vergleichbaren Staaten kennen.

**8.** Im Interesse der dringend notwendigen Belebung der Investitionen in unserem Land und im Interesse gleich langer Spiesse unserer Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, ist zu hoffen, dass das Schweizervolk dieser neuen, endlich einmal schlanken und einfachen Finanzordnung zustimmen wird.

FDP-Nationalrätin  
Vreni Spoerry, Horgen

## KOLUMNE

## Das Englische als fünfte Landessprache?



Am Symposium von weit über hundert Jugendlichen und Lehrern aus allen Landesteilen

auf Schloss Lenzburg sagte eine welsche Podiumsteilnehmerin unbeschwert und offen, vielleicht wäre es das Beste, das *Englische als Kommunikationsmedium* zwischen den verschiedenen Landesteilen der Schweiz zu nehmen, denn die Tendenz zum Englischen sei doch in der ganzen Schweiz unübersehbar. Die Äusserung blieb nicht ohne Widerspruch. Es war an sich ein Phänomen, dass die nach dem 6. Dezember 1992 vom Stapferhaus gestartete Aktion «Lesezeichen» – Lektüre von anderssprachigen Zeitungen und Berichterstattung – in 120 Klassen interessierte Teilnehmer gefunden hatte, die sich nun zu einem Schlussgespräch zusammenfanden (wovon in Radio und Fernsehen DRS keine Notiz genommen wurde).

Dieses Jugendsymposium, an dem sich wie üblich jeder in seiner Muttersprache äusserte, war an sich ein Gegenbeispiel zur empfohlenen Flucht in das Englische. Und es gibt viele solcher Beispiele, die allerdings bedeutend weniger Publizität erhalten als «Alarmmeldungen» über «Tiefbauarbeiten» am «Röstigraben». (An diesem eingebürgerten Begriff fühle ich mich übrigens «mitschuldig», da ich ihn bereits 1987 im Titel zu einem NZZ-Leitartikel verwendete.) Aber vielleicht gibt das Kulinarische den natürlichen Unterschieden einen Stich ins Menschliche – vor allem weil ja Rösti auch in Teilen der welschen Schweiz gegessen wird, ebenso wie im Gegenzug das Fondue in der ganzen deutschen Schweiz.

Verschiedenheit der Kulturen bringt unterschiedliche Meinungen mit sich. Das ist naturgegeben und gehört zur

Vielfalt und Viersprachigkeit unseres Landes, die ja seine Eigenart und seinen Reichtum ausmacht. Die Lebensart des andern akzeptieren und respektieren und ihr nach Möglichkeit Rechnung tragen ist das erste Gebot für ein fruchtbares Zusammenleben in einem gemeinsamen Ganzen. Soll es aber nicht beim Nebeneinanderleben bleiben, so braucht es vertiefte Kenntnis der andern Kulturen. Und da die *Sprache* einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Ausdruck einer Kultur ist, führt der Weg zum Erfassen unweigerlich über das Lernen und Verstehen dieses Ausdrucksmittels.

Ein Ausweichen auf das Englische in Gesprächen zwischen deutsch- und französischsprachigen Schweizern zum Beispiel käme einer *Flucht in die Oberflächlichkeit* der Begegnung gleich. Dies wurde am Jugendsymposium auf Schloss Lenzburg deutlich zum Ausdruck gebracht. Um das Wesen anderer Kulturen voll zu begreifen, braucht es die Kenntnis der andern Sprache. Deshalb sind in der französischen und nunmehr auch in der deutschen Schweiz erfolgreiche Bemühungen im Gange, den Unterricht in andern Landessprachen früh zu beginnen. Pionierarbeit leistet auf diesem Gebiet auch die Ecole Bilingue von Genf.

Der positiven Anstrengungen zur übersprachlichen kulturellen Begegnung sind viele – auch wenn sie in den auf Katastrophenmeldungen ausgerichteten Sensationsmedien wenig in Erscheinung treten. Die Bundesversammlung hat mit ihrer Session in Genf ein weiteres Zeichen gesetzt. Der «Röstigraben» sollte ein *Ansporn zu kontinuierlichen Anstrengungen* sein. Wenn man ihn pausenlos dramatisiert, könnte man seine Vertiefung auch herbeireden.

Ali Nationalrat  
Dr. Kurt Müller, Meilen

Bis heute ist die Gesetzgebung so, dass Abfall – delegiert vom Bund über die Kantone – Sache der Gemeinde ist. So steht es wenigstens auf dem Papier. Die Wirklichkeit hat dieses Szenario in den letzten Jahren allerdings überholt: Immer stärker engagieren sich energieintensive Industriezweige für Kehrriecht und Hersteller von Glas, Karton, Papier usw. für das Recycling. Die Sammlungen der Gemeinden oder Zweckverbände sind angewiesen auf die möglichst günstige Abnahme. Abfall ist Handelsgut geworden, mit welchem die meisten Verantwortlichen der Gemeinden überfordert sind, da sie ja (logischerweise) keine Handelsbetriebe sind und über keine entsprechende Ausbildung verfügen. Ebenso logische Folge: Die Wirtschaft soll ihre Verantwortung wahrnehmen und die Abfälle ökologisch und ökonomisch sinnvoll entsorgen.



Abfall ist Handelsgut geworden. Laut Gesetzgebung aber ist Abfall noch immer Sache der Gemeinde.

## Abfallhandel kann nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein

◉ Susanna Fassbind

### Wie sieht die Abfallsituation heute in der Schweiz aus?

Gemäss 1986 veröffentlichtem Leitbild für die Abfallwirtschaft und gemäss der bald zwei Jahre gültigen Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) ist in der Abfallwirtschaft die Beachtung dieser Prioritäten Pflicht.

1. Vermeiden
2. Vermindern
3. Verwerten
4. Verbrennen

Die Gemeinden treten als Sammler von Kehrriecht (für die Kehrriechtverbrennungsanlagen, KVA) und von Recycling-Gütern (Glas, Papier, Karton usw.) auf, bezahlen die anfallenden Kosten aus der allgemeinen Kasse oder lassen über die Sackgebühr (teilweise) die Verursacher bezahlen. Zweckverbände oder Kantone kümmern sich als KVA-Betreiber um die geforderte Verbrennung. Seit bald zwanzig Jahren engagiert sich die Industrie in der Wiederverwertung von Recycling-Gütern (Glas, Papier usw.). Immer stärker interessiert sie sich

für den Kehrriecht, der nicht unbedingt in einer KVA verbrannt werden muss, wie z. B. Plasticabfälle (z. B. Polyethylen PE).

Mit der Einführung der Sackgebühr zeigt sich die Zusammensetzung unserer Siedlungsabfälle (aus Haushalten und Gewerbebetrieben) anders: Statt rund 400 kg/Einwohner/Jahr, die früher in die Verbrennung gingen, gehen nach Einführung der Sackgebühr durchschnittlich noch 200 kg in eine KVA, 200 kg in die Separatsammlung und meist

auch Wiederverwertung. Wenn wir von sieben Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ausgehen, würde das für Siedlungsabfälle eine Verbrennungskapazität von 1,4 Millionen Tonnen/Jahr ausmachen: 2,4 Millionen Tonnen haben wir heute! Das reicht für Bauschutt und weiteres, das nicht in Zement- und andern Industrien sinnvoller als in einer KVA genutzt werden kann. Zudem stipulieren Leitbild und TVA die Vermeidung als prioritär. Gerade für Vermeidung und

Verminderung wäre der Bau weiterer KVA kontraproduktiv, da mehr Kehrriecht «gemacht» werden müsste, um die Anlagen zu füllen, die heute schon nicht ausgelastet sind.

### KVA oder Energienutzung durch die Industrie?

Die 34 Schweizer Kehrriechtverbrennungsanlagen haben gemäss Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) eine Verbrennungskapazität von 2,4 Millionen Tonnen pro Jahr (t/a). Im Augenblick werden verschiedene Anlagen der Luftreinhalteverordnung (LRV 94) angepasst und teilweise gleichzeitig erweitert oder mit Reserven ausgestattet.

Zudem rüstet die Industrie (z. B. Papier- und Zementindustrie), motiviert durch die kommende CO<sub>2</sub>-Abgabe, ihre Feuerungs- und Energieanlagen um und stellt von Erdöl auf Altholz und Plasticabfälle um. Dadurch verringert sich die Menge Kehrriecht und Bauschutt massiv; Klärschlamm kann ebenfalls in solchen Anlagen als Energieträger genutzt werden. Durch solche Lösungen wird die öffent-

### Worum geht es?

AMK. Am 26. September 1993 wurde im Kanton Zug der Bau einer Kehrriechtverbrennungsanlage (KVA) in Küsnacht a. R. (Kostenschätzung 285 Millionen Franken) abgelehnt. Auch im Kanton Basel-Landschaft wurde die Vorlage für den Projektierungskredit einer KVA in Pratteln (rund 10 Millionen Franken) verworfen. Im Thurgau werden die Delegierten des Zweckverbandes Ende Oktober über den Bau einer

neuen KVA Weinfelden zu befinden haben.

In den drei Kantonen hat sich namentlich die Freisinnige Susanna Fassbind, Cham, stark gegen diese Anlagen engagiert, da sie vor allem aus ökonomischen Gründen weitere KVA in der Schweiz als untragbar erachtet. Sie schlägt andere Lösungsansätze zur Verminderung und Vermeidung vor, die zudem viel günstiger und ökologisch sind. ■

liche Hand stark entlastet, die Wirtschaft übernimmt ihre Verantwortung für Entsorgung (nicht nur Versorgung), kann Erdöl substituieren und kommt erst noch zu günstigerer Energie.

Die Überkapazitäten der bestehenden KVA sind bereits heute gross und steigen weiter: 1996 rechnen die fünf Anlagen des Kantons Zürich mit 800 000 t/a mit einer Überkapazität von 250 000 t/a, was die Kosten für die verbrannten Tonnen und damit die Sackgebühr massiv in die Höhe treibt. Mit dem Bau jeder weiteren Anlage in der Schweiz wird diese massive Verteuerung weiter angeheizt. Es ist deshalb volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, gemäss Luftreinhalteverordnung (LRV 94) optimal nachgerüstete Anlagen nicht auszulasten.

Anerkannte Fachleute bezeichnen das noch in vielen Schweizer Regionen geplante Rostofenverfahren als «Auslaufmodell». Zudem ist die Verbrennung als solche nur eine der Möglichkeiten der heute gängigen technischen Abfallaufbereitung; weitere technische Massnahmen/Anlagen sind schon aus Kostengründen dringend nötig (z. B. Vorsortierung). Es besteht keine Notwendigkeit, ohne Zeitdruck und Handlungsdruck mit teurem Geld in eine nur teilweise Lösung bringende und neue Probleme schaffende Technologie zu investieren (rund dreissig Prozent des verbrannten Kehrichts fallen als zu deponierende Schlacke an, und Filterrückstände mit Sonderabfallqualität sind zu entsorgen).

## Neue Abfallwirtschaft – durch Industrie und Gewerbe

### Versorgung und Entsorgung sollen einen Kreislauf bilden

Da die Wirtschaft für die Versorgung als Partner etabliert ist, muss sie mittelfristig auch die andere Seite der Versorgung, nämlich die Entsorgung, als ihren Aufgabenbereich akzeptieren und realisieren, wozu sie auf Grund vieler Leistungen willens und in der Lage ist. Das bedeutet, dass die Gemeinden die Entsor-

gung stufenweise abgeben – in die sie in den letzten dreissig Jahren förmlich gedrängt wurden – an den Markt als optimalen und dafür auch zuständigen Händler. Es kann nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, Handel zu treiben. Schon heute sind Kehricht und verschiedene Wertstoffe zu Handelsgütern geworden.

**Für alle Stoffflüsse (Kehricht und Recycling-Güter) ist der genaue Ist-Zustand mit Mengen festzustellen, sind Vermeidungs- und Verminderungsszenarien (Sackgebühr, Gewerbeabfallsortierung usw.) aufzuzeigen und Anreize zur Vermeidung zu schaffen.**

Vor allem bei den im Siedlungsabfall eingebrachten Gewerbeabfällen (machen fünfzig bis sechzig Gewichtsprozent aus!) besteht gemäss Messungen ein hohes Kehrichtverminderung- und Abfallvermeidungspotential, das es mit Sortierung und Information zu nutzen gilt. Wenn diese Gewerbeabfälle nicht einfach in die teure Verbrennung wandern, sondern sortiert werden, kann das Gewerbe viel Geld sparen, das es gerade in der heutigen Zeit sinnvoll einsetzen kann.

**Es ist die Kostenwahrheit über die ganze Entsorgungskette zu ermitteln, mit der Bevölkerung zu diskutieren, sind Sparmöglichkeiten aufzuzeigen und Gebühren für alle Güter (auch Recycling-**

Fortsetzung auf Seite 12



Nicht aller Güsel muss in eine Kehrichtverbrennungsanlage (KVA); Sortieren bringt oft eine grosse Reduktion.

## Susanna Fassbind

Historikerin, Unternehmens- und Umweltberaterin, Lehrbeauftragte für Umweltberatung an der ETH Zürich. Mitglied der Geschäftsleitung der FDP des Kantons Zug, Vizepräsidentin FDP Hünenberg, Präsidentin des Vereins «Umwelt Zug», Präsidentin S/A/G/U, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Umweltberatung, Stiftungsrätin von «Der Natürliche Schritt», der die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft vorantreibt. Stiftungsrätin SAD, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie.

Susanna Fassbind engagiert sich seit mehr als zwanzig Jahren und davon rund zehn Jahre in der Öffentlichkeit zu Ökonomie-Ökologie-Themen, hat zusammen mit dem Verein «Umwelt Zug» im Auftrag aller Zuger



Susanna Fassbind bei der Verleihung des «Prix Toni» 1992, den sie für den Verein «Umwelt Zug» für die mit dem Metzgermeisterverband zusammen realisierte «Wau-Miau-Wurst» erhielt, die Transporte, Fleischabfallverbrennung und energieintensive Verpackung vermeidet.

Gemeinden die Sackgebühr eingeführt. Für den Zweckverband für Kehrichtbeseitigung im Kanton Uri hat sie ebenfalls die Einführung der Sackgebühr betreut. Sie ist Verfasserin von «Werbung gegen Abfall», einem Arbeitshandbuch zur Einführung der Sackgebühr, und (mit Sibylle Omlin) von «Zuger Frauengeschichten», hrg. von der Frauenzentrale des Kantons Zug.



Fortsetzung von Seite 11

**Güter wie Papier, Karton, Kompost und Glas) einzuführen.**

Für alle Güter ist der Anreiz zur Vermeidung zu schaffen und das Verursacherprinzip über die ganze Abfallmenge zu erstrecken. Für alle Stoffe sind laufend die möglichen, auch neuen Entsorgungswege zu prüfen und umzusetzen – dies vor allem mit kleinen Lösungen vor Ort ohne grosse Transportwege.

**Die gesamtschweizerische Koordination für Kehrichtentsorgung und Recycling ist durch das Erfassen genauer Mengen und Vermeidungspotentiale sofort voranzutreiben.**

Bestehende Anlagen sind wirtschaftlich zu nutzen. Wenn auf Grund von langfristigen Bedürfnissen tatsächlich noch Anlagen gebaut werden müssten, sind diese nach neuesten Erkenntnissen eventuell auch mit einer Pilotanlage zu errichten. ■

**FDP-POSITIONEN**

**Spannungsfeld**

Zwischen dem Ausmass an Arbeitslosigkeit und den gewaltigen Defiziten der Arbeitslosenversicherung (ALV) besteht ein Spannungsfeld. In diesem muss der Staat ein Gleichgewicht suchen, das nach Ansicht der FDP sowohl leistungsseitig wie auch einnamentseitig vernünftige Massnahmen greifen lässt. In ihrer Vernehmlassungsantwort zur zweiten Teilrevision des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung betont die FDP ausserdem, dass es äusserst wichtig ist, der Wirtschaft durch Schaffung besserer Rahmenbedingungen neue Impulse zu geben.

Auf der Einnahmenseite möchte die Partei keine höheren Lohnprozente als – wie bisher – zwei Prozent. Einer Erhöhung auf drei Prozent kann sie nur zustimmen, wenn sich alle anderen Lösungen als ungenügend erweisen und ein solcher Entscheid durch separaten Bundesbeschluss gefasst wird. Zehn Pro-

zent des Aufwandes der ALV soll die öffentliche Hand als Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben tragen. Darlehen der öffentlichen Hand kann die FDP akzeptieren, wenn sie zeitlich limitiert und in der Höhe beschränkt werden. Durch konsequenten Vollzug und Kampf gegen Missbrauch erhoffen sich die Freisinnigen weitere Einsparungen. Wenn mit diesen Finanzierungsmöglichkeiten und Massnahmen immer noch noch

Defizite bestehen, sind neue Wege der Finanzierung zu suchen, die aber nach Ansicht der FDP nicht nur den Faktor Arbeit verteuern dürfen.

Bei den Leistungen schlägt die FDP folgende Sparmassnahmen vor: Bessere Ausbildungsinformation, Leistungskürzungen nach Risikogruppen, selektiv Kürzungen der Leistungsdauer und stärkere Degression, Weiterfassung des Begriffs der zumutbaren Arbeit. ■

**Flexible Ost- und Mitteleuropahilfe**

Angesichts der besonderen Lage in den ehemaligen kommunistischen Ländern befürwortet die FDP die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für spezielle Entwicklungszusammenarbeit, wie ihn der Bundesrat mit dem Vorentwurf zu einem Bundesbeschluss über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas vorschlägt. ■



**Die Mehrwertsteuer ist besser als Arbeitslosigkeit.**

RDR/epires

Der Ersatz der veralteten Warenumsatzsteuer (Wust) durch eine zeitgemässe Mehrwertsteuer ist dringend nötig. Er stärkt die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Sowohl im Inland wie auch im Export.

Das sichert Arbeit und Lohn. Und verhindert Arbeitslosigkeit.

**Ja** zur Mehrwertsteuer statt Warenumsatzsteuer (Wust)

**Weil der Systemwechsel die Schweiz wirtschaftlich stärkt.**

Schweizerisches Aktionskomitee für eine moderne Finanzordnung:

JA zur Mehrwertsteuer

Verlangen Sie die Gratis-Dokumentation: Postfach 502, 8034 Zürich; PC 80-67737-6

# Gleichstellungsgesetz: Ja, aber...

Die Diskussion über das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) prägte die jüngste Präsidentinnenkonferenz der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen (SVFF). Ausserdem beschlossen die anwesenden FDP-Frauen, das Erscheinungsbild der SVFF zu ändern.

◉ Madeleine Kuhn-Baer\*

Eine siebenköpfige Arbeitsgruppe unter der Leitung von SVFF-Vorstandsmitglied Ursula Zollinger hatte das Gleichstellungsgesetz vorberaten und dabei auch verschiedene Hearings durchgeführt (mit Dr. Lili Nabholz-Heidegger, Rosmarie Michel, Beat Fahrni und Max Fritz). Auf Grund der vorhandenen Unterlagen wurde an der Präsidentinnenkonferenz betont, dass gegenüber der ursprünglichen Fassung sehr viel zurückbuchstabiert worden sei. Ausserdem sei das Gesetz stark berufsorientiert, es richte sich fast ausschliesslich an ausserhäuslich tätige Frauen. Es gelte zudem darauf zu achten, dass es sich nicht als kontraproduktiv für die Frauen erweise.

## Grundlage schaffen

Dennoch begrüsst die Präsidentinnen das Gesetz. Sie erachteten es als richtig, dass eine Grundlage geschaffen wird, welche die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann im all-

gemeinen ermöglicht. Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung sei zu weit und zu offen formuliert und habe deshalb wenig konkrete Verbesserungen für die Frauen gebracht.

Die Diskussion kreiste vor allem um Artikel 4, Rechtsansprüche. Wie weit sollen letztere bei der Ablehnung einer Anstellung gehen? Da an der Konferenz nicht alle Punkte restlos geklärt werden konnten, wird dieser Bereich nochmals mit Dr. Lili Nabholz besprochen.

Ein zweiter Diskussionschwerpunkt war Artikel 7, Sexuelle Belästigung. Der Schutzartikel wurde zwar grundsätzlich als notwendig erachtet. Was aber ist sexuelle Belästigung? Wo beginnt diese? Die anwesenden Präsidentinnen waren der Ansicht, dass unbedingt definiert werden müsse, was darunter zu verstehen sei.

## Wiedereinsteigerinnen fördern

Weiter angesprochen wurde die Beweislastleichterung (Artikel 5), die als unbedingt notwendig erachtet wurde, damit das Gesetz überhaupt durchsetzbar ist. Die Möglichkeit für Verbandsklagen wollen die FDP-Frauen offenlassen, doch sollten die Organisationen nationale oder zumindest kantonale Bedeutung haben.

Bezüglich Schlichtungsverfahren wurde betont, dass hier bestehende Stellen zum Zuge kommen sollten. Bei den Förderungsprogrammen erachteten die anwesenden Präsidentinnen die Unterstützung von Wiedereinsteigerinnen als besonders wichtig. Und beim Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und



Intensive Diskussionen zum Thema Gleichstellung.

Mann zeigten sie sich überzeugt, dass dessen Arbeit gegenwärtig und in naher Zukunft sicher notwendig und sinnvoll sei. Allerdings dürfe der Verwaltungsapparat nicht aufgebläht werden.

Auf Grund der Diskussionen an der Präsidentinnenkonferenz wird die Arbeitsgruppe eine Stellungnahme erarbeiten; wir werden zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

## Weitere Geschäfte

Engagiert erörterten die FDP-Frauen auch ein neues Erscheinungsbild der SVFF. Die neue Bezeichnung soll kurz und klar sein, verbunden mit einem modernen, dynamischen Logo. Der Vorstand wird die Vorschläge nun weiter bearbeiten.

Schliesslich ging es noch um Termine: Im Frühjahr 1994 bietet die SVFF eine weitere Frauentagung an. Als Thema wurde das Spannungsfeld Familie/ehrenamtliche Tätigkeit/Arbeitswelt gewählt. Und die nächste Präsidentinnenkonferenz findet am 28. April 1994 statt.

## Auch lose Gruppen

mb. SVFF-Präsidentin Franziska Frey-Wettstein erläuterte an der Präsidentinnenkonferenz in Bern nochmals das neue System der Vereinigung, da es sich gezeigt hat, dass immer noch Unklarheiten darüber bestehen: Der SVFF können sich auch nicht fest strukturierte Gruppen anschliessen, es brauchen nicht unbedingt Vereine mit Statuten zu sein. Nötig sind der Name der jeweiligen Kontaktfrau («Gruppenpräsidentin») sowie die Einzahlung von fünfzig Franken, um von sämtlichen Dienstleistungen der SVFF (inklusive Lose-Blätter-Sammlung) profitieren zu können.

\* Landrätin und Präsidentin der FDP-Frauen-Gruppe des Kantons Glarus.

Garten- und Landschaftsarchitekten,  
Erdbauingenieure

100 Jahre  
Erfahrung  
Dynamik  
Tradition

Ein  
Jahrhundert  
für unsere  
Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
und pflegen auch Ihren Garten  
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

## Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen ihr eigenes Urteil zu bilden.

### Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1/91: «Liberale Frauenpolitik im Zeichen einer veränderten Welt.» FDP-Frauen setzen sich ein für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit und mehr Partnerschaft. Ergebnis der Tagung vom 24. Mai 1991 in Thun.
- Ex. Nr. 2/91: «Drogenfrage: Anpacken statt resignieren. Grundsätze der FDP.»
- Ex. Nr. 3/4/91: «Staatspolitische Aspekte eines EWR-/EG-Beitritts der Schweiz. Einflüsse und Impulse.»
- Ex. Nr. 1+2/92: «Die aktuelle Drogendebatte: Ein Überblick über Thesen und Modelle»
- Ex. Nr. 3/92: «Bericht und Thesen zur schweizerischen Neutralität von morgen»
- Ex. Nr. 4/92: «Freisinnige Standortbestimmung zur Umwelt- und Energiepolitik, zur Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, zum Wohnproblem und zur Neat-Finanzierung»
- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»

Name	Vorname	10/93
Strasse/Nr.	PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift	

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

## Jahresbericht Rapport annuel

Die Arbeit der  
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz  
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion  
der Bundesversammlung

L'activité du  
Parti radical-démocratique suisse  
et du Groupe radical-démocratique  
de l'Assemblée fédérale

# 92/93

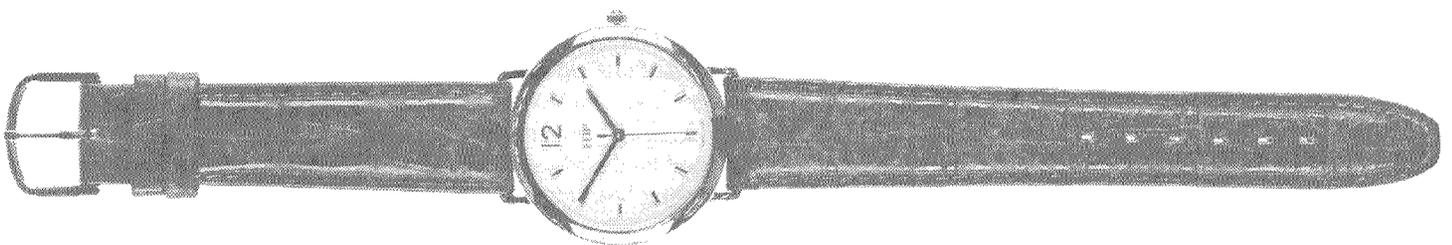
FDPO PRDO PLRO

### Ich bestelle:

Ex. Jahresbericht 92/93  
(1 Ex. gratis, 163 Seiten, dt./frz.)

Name:	Vorname:	10/93
Str./Nr.:	PLZ/Ort:	
Datum:	Unterschrift:	

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. Fax (031) 312 19 51



## Es ist FDP-Zeit

Bestellen und tragen Sie die FDP-Uhr! Das Gehäuse ist vergoldet, der Boden aus Stahl mit Schweizer Quarzwerk, ohne Datum, Lederband Crocoart braun, Zifferblatt Grundfarbe weiss, Zeiger und Relief vergoldet mit Logo «FDP». Die Uhr wird geliefert in einer schwarzen Pochette mit einjähriger Garantie Fashion Time.

### Talon

Ich bestelle zum Preis von Fr. 98.- (plus Porto und Verpackung):  
Ex. FDP-Uhr.

Name:	Vorname:	10/93
Strasse/Nr.:	PLZ/Ort:	
Datum:	Unterschrift:	

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern Fax (031) 312 19 51

# Eine nachahmenswerte Idee

Monate vor der Genfer Session flatterte eine ausserordentliche Einladung auf mein Pult. Ein Angebot an die eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, bei einer Genfer Familie zu Hause ein Mittag- oder Abendessen einnehmen zu dürfen – um den gegenseitigen Kontakt herzustellen, um sich kennenzulernen, um diskutieren zu können, um die Probleme der so gastfreundlichen Stadt zu erfassen. Da ich die Idee glänzend fand, war die Anmeldung rasch eingesandt.

Nationalrat  
François Loeb BE

Über sechzig Genfer Familien hatten sich bereit erklärt, einen Parlamentarier, eine Parlamentarierin in ihr Heim einzuladen. Darunter auch meine Gastfamilie, die beruflich in einem Geriatriehospital in der Administration tätig ist. Nach einigen Telefongesprächen, das Sessionsprogramm spielte mir einige Streiche, konnten wir uns auf ein Datum einigen.

Und dann kam der Tag. Die Ratssitzung dauerte und dauerte, weit über die vorgesehene Zeit hinaus. Wie auf Kohlen sass ich an meinem Platz, wohl wissend, dass ein Essen vorbereitet wurde, der Weg mindestens zwanzig Minuten, wenn nicht länger war. Aber eine wichtige Abstimmung stand bevor. Also noch einmal der Griff zum Telefon, um meine Verspätung anzumelden. Doch ein Telefonbeantworter meldete sich. Ich deponierte meine Verspätungsmeldung, hoffend, dass sie gehört und der Braten nicht anbrennen würde. Verflucht: als Eingeladener sollte man doch pünktlich sein. Als Parlamentarier aber auch stimmen.

## In Eile

Endlich der Schlussgong. Die Abstimmung schon Geschichte. Blitzartig in ein Taxi. Kein Stau über der Brücke. Sonne über den leuchtenden Alpen. Der Taxifahrer fragt, ob ich im Parlament sitze, und stellt innert Minuten einen Wunschkatalog auf, was

alles anders, geändert werden müsste – von der Bussenpraxis bis zur Rotlichteinstellung, vom Benzinpreis bis zum Röschtigraben.

Er kommt in Fahrt und fährt prompt an eine falsche Adresse. Wir steigen beide aus, fragen Passanten nach dem Weg. Mit abgestelltem Taxameter und einigen

halsbrecherischen Manövern, der Taxifahrer bittet mich, wegzuschauen, erreichen wir das Ziel. Ich leicht verschwitz, er sich entschuldigend, dass er sich vor lauter Politik verfahren habe. Das komme bei ihm sonst nie vor, aber eben die Politik!

Mit vierzigminütiger Verspätung – was macht wohl der Braten? – treffe ich ein. Mein

Fortsetzung auf Seite 16

## Entmündigung!

### Helvetia weint - Germania lacht.

Aus Deutschland importieren wir monatlich über 6 Millionen Zeitungen und Zeitschriften – auch mit Alkohol- und Tabakwerbung.

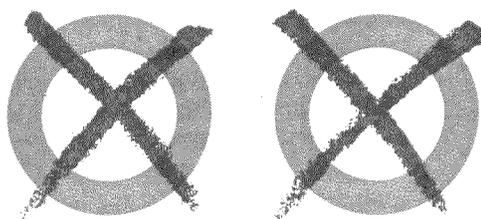
Diese Einfuhr ausländischer Werbung könnte nicht gestoppt werden. Stellen Sie sich die Heerscharen von Beamten und Kontrolleuren vor, welche die Medien nach verbotener Werbung durchkämmen müssten.

Was wir in der Schweiz verbieten würden, erreicht uns weiterhin via Deutschland. Geprellt sind die schweizerischen Hersteller und Medienunternehmen.

Sind wir in der Schweiz weniger mündig als unsere Nachbarn in Deutschland?

**Werbeverbote schaden uns allen enorm und machen uns nicht gesünder!**

Aktionskomitee gegen unbrauchbare Werbeverbote.



ZWILLINGSINITIATIVEN

*2x Nein*

AM 28. NOVEMBER 1993

Das Aktionskomitee c/o SGV, Schwarztorstr. 26, 3007 Bern dokumentiert Sie gerne.

Fortsetzung von Seite 15

schlechtes Gewissen steht mir ins Gesicht geschrieben.

Die Gastgeber haben noch andere Gäste eingeladen, den Chefarzt der Notaufnahme (der muss sicher bald wieder zum Dienst) und einen Unternehmensberater, einen Spezialisten im Gesundheitswesen. Die Wohnung im zweiten Stock eines grösseren Wohnblocks ist geschmackvoll und heimelig eingerichtet. Den Apéro überspringe ich, dank meiner Verspätung hat er wohl lange gedauert.

Die Gastgeberin bittet zu Tisch. Sie ist in Belgien geboren und aufgewachsen und hat ein herrliches belgisches Menu gekocht. Sie findet, dass ich wohl sonst genug Genfer Spezialitäten in diesen drei Wochen vorgesetzt bekomme und an eine Rösti wolle sie sich nicht wagen.

Zur Vorspeise frittierte Crevettenbällchen, zum Hauptgang ein herrliches in Bier gekochtes Nudel-Fleisch-Gericht, Brüsseler Endivien, zum Dessert zwei Sorten belgischer Kuchen, dazu ein herrlicher Tropfen Rotwein.

Ich werde verwöhnt und ausgefragt: «Wie es mir in Genf gefalle? Was bei der Krankenversicherung vorgesehen sei?» Ich frage zurück: «Wie die Politik in Genf stehe? Was von den Wahlen zu erwarten sei? Wie das kantonale Gesundheitswesen aufge-

baut sei, wie die Steuersituation sich verhalte?»

Der Arzt muss tatsächlich vor dem Dessert weg. Wir diskutieren weiter. Ich erfahre viel über Genf, über die Genfer. Verlasse mitten im Nachmittag – die Gastgeber haben dem verspäteten Gast viel Zeit geschenkt –, um ein Erlebnis von Mensch zu Mensch reicher, das Haus. Nicht ohne das einladende Ehepaar meinerseits ins CIGG – wo wir in Genf tagen – und selbstverständlich für die Dezembersession nach Bern einzuladen.

Ich stehe nun wieder mitten im Genfer Verkehr und komme dem Hotel, in dem ich wohne, zustrebend einmal mehr zum Schluss, dass auch Politik vermehrt auf Begegnung auszurichten ist. Begegnung zwischen Menschen, Begegnung zwischen Sprachen, Begegnung zwischen Kulturen.

Die Einladung in Genfer Familien war eine gute, eine nachahmenswerte Idee. Ich nehme sie nach Bern mit. ■

LESERBRIEF

Männerpartei

In Frauenkreisen höre ich es immer wieder: «Die FDP ist in erster Linie eine Männerpartei. Meine Stimme erhält sie nicht.» Der Bericht «Ein Jahr alt – FDP Schweiz International» in der Septemberrummer bestätigt diesen Eindruck der Männerpartei. Es wird ein Vorstand vorgestellt, dem ausschliesslich Männer angehören. Es wird von Vertretern aus der Wirtschaft, Journalisten, Auslandschweizern, Vertretern in der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz gesprochen. Auslandschweizerinnen, Journalistinnen, Vertreterinnen aus der Wirtschaft, kurz, Frauen scheinen bei der FDP Schweiz International nicht willkommen zu sein – mit einer Ausnahme: Das Sekretariat darf durch eine Frau betreut werden.

Da tönt es wenig überzeugend, wenn die Redaktion des Freisinn auf Seite 20 betont, die FDP sei auch eine Partei der Frauen. Schade für die FDP!

Blanche Staehelin, Basel

VERANSTALTUNG

Zehn Jahre Aids-Bekämpfung in der Schweiz – Perspektiven für die Zukunft

Samstag, den 23. Oktober 1993, 10.00 Uhr, Bundeshaus (Zimmer 3), Bern

PROGRAMM

- 9.30 Uhr Kaffee und Gipfeli
- 10.00 Uhr **Begrüssung und Einleitung zum Tagungsthema**  
Prof. Dr. Felix Gutzwiller, Tagungsleiter
- 10.10 Uhr **Zehn Jahre Aids-Bekämpfung in der Schweiz: Bilanz**  
Dr. Thomas Zeltner, Direktor BAG
- 10.40 Uhr **Aids: Krankheit, Therapie, Impfung**  
Prof. Dr. Bernhard Bürki,  
Medizinische Aids-Beratung des Kantons Bern
- 11.10 Uhr **L'Aide suisse contre le Sida (ASS): concepts et visions**  
Jacqueline Maurer-Mayor, membre du Comité ASS et députée radicale du Grand Conseil Vaudois
- 11.25 Uhr **Aids-Bekämpfung aus der Sicht der Betroffenen**  
Iris Reuteler, Präsidentin «People with Aids» (PWA)
- 11.40 Uhr Lunchpause
- 12.45 Uhr Arbeitsgruppentätigkeit
- 14.15 Uhr Podiumsdiskussion  
**Aids-Bekämpfung: Bilanz und Perspektiven**  
Diskussionsleitung: Prof. Dr. Felix Gutzwiller
- 15.30 Uhr Schluss der Tagung

Anmeldetalon

Der/die Unterzeichnete

- nimmt an der Fachtagung «Zehn Jahre Aids-Bekämpfung in der Schweiz – Perspektiven für die Zukunft» vom 23. Oktober 1993 teil.
- wünscht Mitarbeit in folgender Arbeitsgruppe:
  - Arbeitsgruppe 1 Schule, Elternhaus, Sexualerziehung (f/d)
  - Arbeitsgruppe 2 Arbeitsplatz, Arbeitsrecht, Sozialversicherung (d)
  - Arbeitsgruppe 3 HIV und drogenpolitische Massnahmen (Spritzen-tausch, Methadon- und Substitutionsprogramme) (d)
  - Arbeitsgruppe 4 Bund, Kantone, Gemeinden und private Organisationen – Wo liegt der politische Handlungsbedarf? (d)

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte einsenden an:

Generalsekretariat FDP Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg, Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–  
Jahresabonnement Fr. 20.–

# Parteisäuberung oder Parteispaltung?

Auf die Angriffe im Leserbrief von Daniel Woker, Vizepräsident FDP Schweiz International (Freisinn Nr. 7/8), muss ich mit meiner über vierzigjährigen FDP-Erfahrung alles richtigstellen, was offenbar durch den Zeitgeist und durch Denkklichs aus den Fugen geraten ist.

Einem Parteixponenten dürfte es nicht unterlaufen, dass er seitenlange Verunglimpfungen – ohne konkrete Tatsachen – im Parteiblatt publiziert! Woker begründet seine Angriffe mit dem Umstand, dass ich gegen die falsch etikettierte «Rassendiskriminierungs-Konvention» mit dem dazugehörigen Strafartikel 261<sup>bis</sup> das Referendum ergriffen habe, damit das Schweizervolk entscheiden kann, ob die weit über den Titel hinausreichende Gesetzgebung der Uno akzeptiert wird.

Ich zitiere einige Inhalte aus Wokers Beitrag: Er empfiehlt die Abwehr meines angeblich «totalitären Gedankengutes» und vergleicht dieses mit «entsprechendem braunem Gedankengut». Er wirft mit «unsäglich Äusserungen» vor (warum nennt er keine solchen?), spricht von «Biedermännern» und bezichtigt mich des «rückwärtsgerichteten Hurra-und-Hup-Patriotismus» sowie der «pseudopopulistischen Wellenreiterei» und wirft mir eine «Politik nur bis zur nächsten Nationalstrasse oder Ausländerstatistik» vor. Er verbannt mich nicht nur in die «politische Marginalität», sondern klassiert mich als «extremen und wohl jeder weiteren Diskussion unwürdigen Einzelfall». Er will «die Mitarbeit freisinniger Parteimitglieder in einem entsprechenden Referendumskomitee» nicht tolerieren. Er spricht von der Unvereinbarkeit zwischen dem Referendumsziel (das ist die Volksabstimmung!) und freisinniger Parteizugehörigkeit und suggeriert den Parteisektionen, «Sanktionen bis zum Parteiaus-

schluss» zu erwägen. Weil vermutlich noch manche Parteimitglieder vom Unterschied zwischen der falschen Namensgebung der Rassendiskriminierungs-Konvention einerseits und ihrem revolutionären Ziel auf politischer, kultureller und sozialer Ebene andererseits keine Ahnung haben, komme ich kurz auf die Sache:

Nach Artikel 1 der Konvention würden Unterscheidungen, Andersbehandlungen (Bevorzugung, Ausschliessung, Beschränkungen) auch auf den Gebieten von Volkstum, von Nationalität und der Abstammung unter Strafe gestellt – und dies ebenso auf dem Sektor der Politik, der Wirtschaft, dem sozialen und dem kulturellen «oder jedem sonstigen Bereich» des öffentlichen Lebens. Damit wäre die Vision der Linken, die Vision einer «friedlichen» Welteinheit mit lauter gleichen Weltbürgern und mit der Identifizierung von Ausländern und Inländern, juristisch erreicht.

Die in Artikel 1 tröstende Einschränkung, dass die genannten Unterscheidungen nur dann strafbar würden, wenn durch sie andere Bürger in ihren Menschenrechten und Grundfreiheiten beeinträchtigt würden, ist Schaumschlagerei, denn, weil die Uno alle denkbaren Rechte (politische, wirtschaftliche, soziale . . .) als Menschenrechte und als Grundfreiheiten deklariert hat und alle Menschen auf der Erde dieser Rechte in gleicher Weise teilhaftig werden sollen, bleibt gar keine Situation mehr übrig, wo spezifische Rechte (sei es national, völkisch, kulturell, religiös . . .) aufrechterhalten werden könnten. Und gerade vom Artikel 5 der Uno-Konvention behauptet die Botschaft, dass sowohl die Literatur wie der Uno-Ausschuss als auch die Vertragsstaaten die Ansicht teilen, dass der Artikel 5 für alle Menschen auf einem Territorium (In-

länder und Ausländer) Gültigkeit habe.

Dieser Artikel 5 spricht allen die gleichen Rechte zu wie:

- aktives und passives Wahlrecht,
- Recht auf die Beteiligung an der Regierung,
- gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Ämtern,
- freie Wahl des Aufenthaltsortes,
- Recht auf Arbeit und Recht auf Wahl des Arbeitsplatzes,
- Recht auf Wohnung,
- Recht auf soziale Sicherheit und soziale Dienstleistungen . . . u. a.

Jedermann, der seine Gedanken nicht durch «antirassistische» Gefühlswallungen hat blockieren lassen, weiss, dass damit der Schweizer Pass zu einem wertlosen Papier würde beziehungsweise dass die nationalen Grenzen beseitigt wären.

Unser bisheriges Strafgesetz erfasst sämtliche Schädigungen und Verletzungen – auch solche, die durch Rassenschmähung be-

gangen werden. Der neue Strafartikel 261<sup>bis</sup> hingegen ist nicht gegen Straftaten, sondern gegen Meinungen und gegen die Verbreitung von (politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen) Meinungen gerichtet: Weder ein Privatmann noch ein Politiker darf sich danach für (völlig normale) Unterscheidungen, Ausschliessungen, Beschränkungen oder Bevorzugungen öffentlich aussprechen: ein Maulkorb für jede nicht verflechtende Politik. Noch mehr: Die Uno-Konvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die Verflechtungspolitik aktiv zu fördern!

Dass diese unheilvolle Meinungslenkung, die zusammen mit dem Strafartikel 261<sup>bis</sup> zu einem Instrument des Meinungsterrors wird, bis in die bürgerlichen Parteien hinein übersehen oder toleriert oder gar gefördert wird, halte ich für erschütternd. Vielleicht ist die Zeit gekommen, da anstelle des Hin-ausschmisses aller heimatliebenden Freisinnigen eine Parteispaltung der ehrlichere Weg wäre.

Ehrliche Meinungen dazu würden mich interessieren.

Walter Fischbacher\*

\* Präsident Referendum gegen sog. «Rassendiskriminierung», St. Gallen

## Die FDP säubern?

Man könnte den Leserbrief im Freisinn Nr. 7/8 als Kannegiesserei abtun, aber Daniel Woker zeichnet als Vizepräsident der FDP Schweiz International und setzt sich in seinem Beitrag «Wehret den Anfängen . . .» auch für «eine unmissverständliche Positionierung» unserer Partei ein – «um diese Schweiz aus der gegenwärtigen Schiefelage wirtschaftlicher und europapolitischer Natur herauszubringen».

Lassen wir einmal die wirtschaftliche Schiefelage beiseite und schauen wir uns die europapolitische an. Was versteht Daniel Woker unter europapolitischer Schiefelage der Schweiz? Das

Hauptproblem Europas ist doch das Machtstreben der EG, die in ihrem politischen Endausbau aus einem Block von Staaten bestehen wird, deren Souveränität stark eingeschränkt sein wird. Unsere Politik gegenüber EWR/EG ist genau positioniert – und unsere Europapolitik befindet sich keineswegs in einer Schiefelage – den weiteren, «hochwillkommenen Herausforderungen» wird sich unser Land auch in Zukunft, «ohne ideologische Vorgaben», zu stellen bereit und in der Lage sein. Oder ist Herr Woker etwa der Meinung,

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

der Souverän habe durch sein Nein am 6. Dezember 1992 unser Land in eine Schiefelage gebracht?

Wichtiger als McCarthy zu spielen, scheint es mir, wachsam darauf zu achten, dass zwischen staatspolitischen Weichenstellungen und sachpolitischen Entscheidungen wieder genauer unterschieden wird. Die Art und Weise, wie im Vorfeld zum 6. Dezember seitens der Landesregierung die staatspolitische Dimension des EWR/EG-Entscheids geregelt «totgeschwiegen» wur-

de, hat letztlich doch dazu geführt, dass ähnlich wie etwa beim Anliegen gegen die Tierversuche – also einer Sachvorlage – bereits 24 Stunden nach dem Entscheid des Souveräns schon wieder ein neuer Anlauf genommen wurde.

Die gesinnungsmässigen – ja, man könnte sagen, die staats-erhaltenden «Sollbruchstellen» beim Liberalismus, dem wir Freisinnige verpflichtet sind, liegen bei der Vernunft, bei der auf Tatsachen bezogenen Erforschung von Ursachen und Wirkung, dem stufenweisen Fortschritt, der Emanzipation, der direkten De-

mokratie, dem stetigen Bestreben, die Prinzipien sowohl der Rechtssicherheit als auch der Rechtsgleichheit zu realisieren, sowie auf der imperativen Forderung nach Legalität jeglichen staatlichen Handelns und der Pflege traditioneller demokratischer und sozialer Gesinnung.

Dem Freisinn geht es im Zweifelsfall vor allem um die Freiheit – und die Freiheit ist denn auch immer ein Problem für jeden einzelnen Freisinnigen – sei es Mann oder Frau und heisse er nun Fischbacher oder Woker.

*Emil Spengler, Ennetbaden*

der betreffende «Asylant» in der Zwischenzeit in mehreren Fällen Anlass zu Rapporten, Verzeigungen und Strafbefehlen in bezug auf Schwarzarbeit gegeben hat!

Es ist heute dank der Unterstützung schweizerischer «Helfer» bei den Wirtschaftsflüchtlingen bestens bekannt, dass man einen Rekurs nur in Französisch abzufassen braucht, um mit ziemlicher Sicherheit gerade bei derjenigen Rekurskammer unter den Pendenzenberg zu kommen, die dank ihrer schleppenden Arbeitsweise bei ihrer Kundschaft so sehr beliebt ist – höchste Zeit also, dass auch unsere Öffentlichkeit von dieser Möglichkeit erfährt und sich ihren Teil dazu denken kann!

Es macht mich wütend, dass man uns von kurzen Fristen und schnellen Verfahren erzählt, in Wirklichkeit aber mit System verzögert und selbst Straftatbestände nicht genügend Anlass geben, fällige Entscheide endlich zu treffen. Das mindeste, was ich mir aus dem Bundesamt für Justiz erwarte, ist, dass (auch im Interesse der Rechtsgleichheit) die Effizienz der Rekurskammern genau unter die Lupe genommen wird und Zeitvorgaben für die Behandlung von Rekursen festgelegt werden, die danach kontrolliert und durchgesetzt werden. Bis dies gewährleistet ist, soll man uns bitte nichts mehr von kurzen Fristen vorlügen. Eine weitere sinnvolle Massnahme sehe ich darin, Rekursfällen sofort eine höhere Priorität zu geben, wenn Strafanzeigen gegen die rekurrierende Person eingehen.

Ich habe Verständnis dafür, dass ein Wirtschaftsflüchtling alle Möglichkeiten ausnützt, um möglichst lange in unserem Land bleiben zu können. Doch wenn Teile der unabhängigen Rekurskommission ihre Aufgabe durch Nichtstun zu erfüllen glauben, dürfte das rasch den Effekt haben, dass die Attraktivität der Schweiz für Wirtschaftsflüchtlinge wieder steigt, und damit ist weder den wirklich verfolgten Flüchtlingen noch uns Schweizern gedient. *Peter Büel, Cham*

## So verschlampt man in Bern Asylrekurse

Am 2. Dezember 1991 schrieb ich eine Kolumne, die sich mit dem Missbrauch unserer Asylgesetze durch Wirtschaftsflüchtlinge beschäftigte. Darauf erhielt ich einige positive Reaktionen aus der Bevölkerung, unter anderem auch den Telefonanruf einer Chamerin, die sich wunderte, dass S. M. mit Frau und vier Kindern immer noch hier wohnt, ob schon sein Asylgesuch vom Bundesamt für Flüchtlingswesen (BFF) abgewiesen wurde.

Als in Fragen des Asylmissbrauchs interessierter FDP-Politiker versprach ich dieser Mitbürgerin, mich um den geschilderten Fall zu kümmern. Ich tat dies auch, weil ich die Gelegenheit sah, anhand eines konkreten Falles die von Bundesrat Koller und seinen Beamten immer wieder

geäusserten Versprechungen in bezug auf die Verkürzung der Bearbeitungsfristen konkret zu überprüfen.

Seit Anfang 1992 war ich in Abständen von einigen Monaten dreimal in Kontakt mit der kantonalen Fremdenpolizei und informierte mich über den jeweiligen letzten Stand. Was ich dieser Tage erfuhr, liess mir «den Kragen platzen» und veranlasste mich dazu, mit diesem Leserbrief den Weg an die Öffentlichkeit zu suchen.

Herr M. erhob Einsprache nach dem für ihn negativen Entscheid der ersten Instanz, was sein gutes Recht ist. Dieser Rekurs ging am 16. Oktober 1991 bei der schweizerischen Asylrekurskommission (ARK) ein und hätte zum damaligen Zeit-

punkt innert rund neun Monaten behandelt werden sollen. Anmerkung: aus Bern lässt man uns heute glauben, dass vollständige Verfahren (inkl. allfälliger Rekurse) innerhalb von maximal sechs Monaten bewältigt werden und dass Pendenzen speditiv abgebaut würden.

Heute, volle zwei Jahre nach Eingang des Rekurses, hat sich die zuständige Kammer der unabhängigen Rekurskommission noch mit keinem einzigen Wort zu diesem Fall verlauten lassen! Frage: Ist man sich dort darüber im klaren, was es für das Ansehen von echten Asylbewerbern in unserem Land bedeutet, wenn man Rekurse so lange verschleppt, bis man glaubt, nicht mehr darum herumzukommen, den Wirtschaftsflüchtlingen eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung geben zu müssen?

Es ist bedauerlich, dass unsere kantonalen Behörden, die ihre Arbeit speditiv erledigen, praktisch dazu gezwungen sind, Bundesbehörden zu überwachen und zu mahnen. Sie haben dabei meist nur dann Erfolg, wenn sich der Gesuchsteller schwerer krimineller Delikte schuldig gemacht hat. Die zweijährige Untätigkeit der zuständigen Rekurskammer im vorliegenden Fall ist auch deshalb inakzeptabel, weil

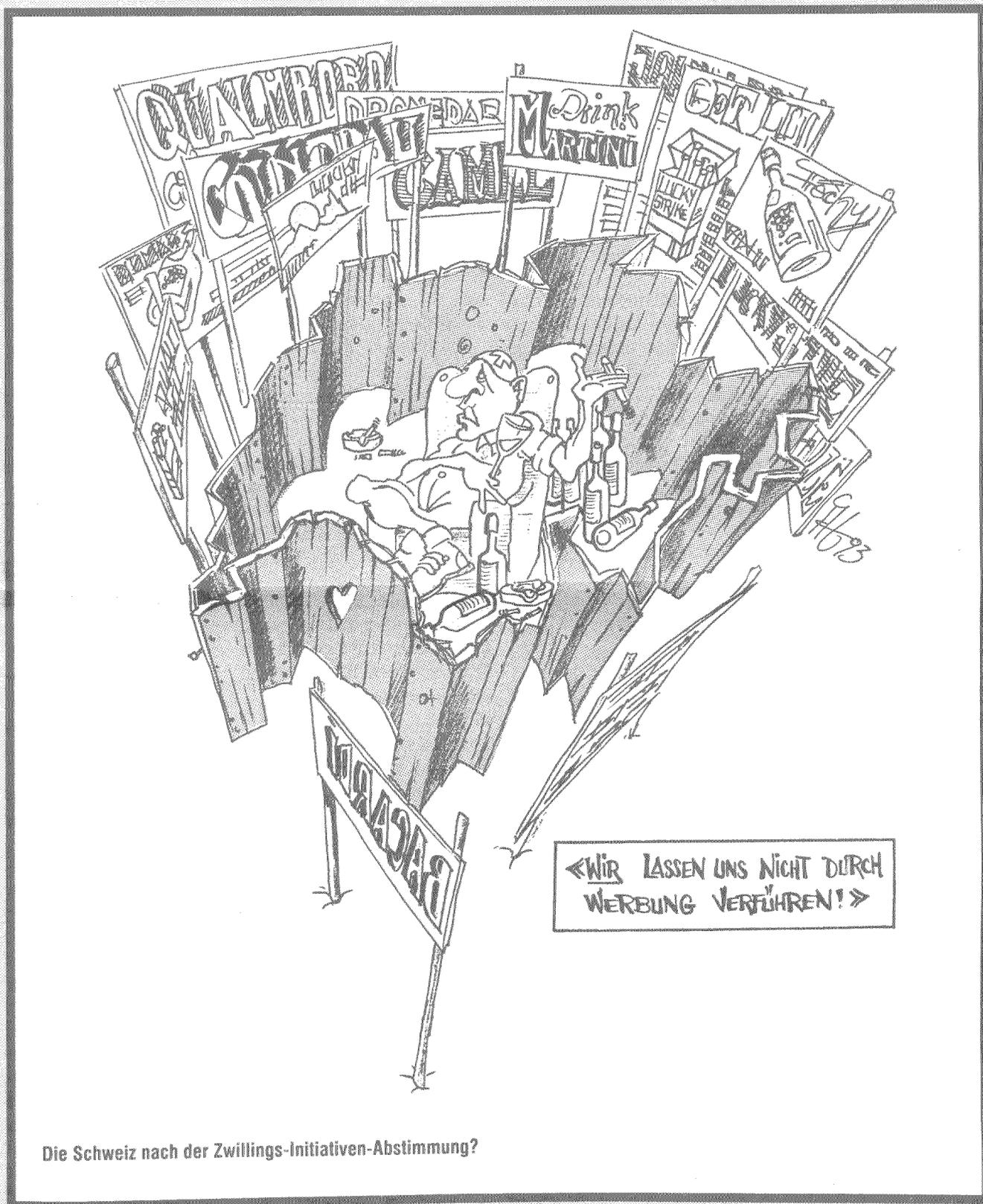
### Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite.

Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für

Ideen haben. Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. ■



Die Schweiz nach der Zwilling-Initiativen-Abstimmung?

# Erfolgreiche Ausbildungsseminare

Mitte der siebziger Jahre begann die FDP-Kantonalpartei unter der Ägide der Ausbildungskommission und in enger Zusammenarbeit mit dem kantonalen Parteisekretariat erstmals mit der Durchführung von Ausbildungsseminaren. Seither haben an insgesamt fünfzig Seminaren ca. 2000 Parteimitglieder teilgenommen, und die Ausbildungsgänge sind zu einer festen, nicht mehr wegzudenkenden Institution geworden.

**Kantonsrat  
Armin Heinemann, Illnau\***

Besonders erfreulich ist, dabei feststellen zu können, dass – ohne Quotenregelung – der Anteil der an diesen Seminaren teilnehmenden FDP-Parteikolleginnen in den letzten zwei bis

\* Armin Heinemann ist Präsident der Ausbildungskommission der FDP des Kantons Zürich.

drei Jahren auf nahezu die Hälfte der Gesamtteilnehmerzahl angestiegen ist!

Die Ausbildungsseminare finden in einem kontinuierlichen Rhythmus statt, dauern jeweils vom Freitag, 17.00 Uhr, bis zum Samstag, ca. 17.00 Uhr, und verfolgen allgemein das Ziel, die politische Handlungsfähigkeit unserer Parteimitglieder zu fördern. Damit wird angestrebt, den Seminarteilnehmern jene

Grundkenntnisse und -fertigkeiten zu vermitteln, welche die Voraussetzungen schaffen sollen, um als Exponenten unserer Partei im politisch-gesellschaftlichen Entscheidungsprozess aktiv und erfolgreich mitzugestalten.

Die Ausbildungsanlässe gelangen als Grundseminare I und II, Kaderseminare, Gemeinde- und Kantonsratskandidatenseminare zur Durchführung. Grundseminare I und II finden alljährlich statt, die übrigen Seminare in einem Rhythmus von vier Jahren.

Zu den einzelnen Seminartypen:

## ■ Grundseminar I

In diesem Seminar werden die Grundregeln der Rhetorik, des Argumentierens und Auftretens, Grundkenntnisse der Staatskunde vermittelt sowie Möglichkeiten des Einsatzes von Hilfsmitteln bei Vorträgen aufgezeigt.

## ■ Grundseminar II

Hier geht es darum, vor allem anhand politischer Fallstudien die im Grundseminar I erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten zu schulen und zu vertiefen.

## ■ Kaderseminar

Es richtet sich an im Amt befindliche und zukünftige Parteivorstandsmitglieder, wobei die praktische Arbeit im Rahmen der Orts- bzw. Kreisparteien im Vordergrund steht. Geschult wird insbesondere das Vorbereiten von Parteienanlässen, das Planen und Gestalten einer Wahlkampagne, der Umgang mit den Medien.

## ■ Gemeinde-/Kantonsratskandidatenseminare

Diese Seminare bezwecken, das Wissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über allgemein staats-, speziell aber partei- bzw. wahlpolitische Themen zu festigen und zu erweitern sowie möglichst praxisnah auf den Wahlkampf vorzubereiten und einen Einblick in die künftige Behördentätigkeit zu vermitteln.

Nebst der Schulung der politischen Fachkompetenz, der eigentlich intellektuellen Arbeit, legen wir grossen Wert auf den Einbezug der menschlich-emotionalen Komponente in die Aus-

bildungsarbeit und damit die Pflege des freisinnigen Gemeinschaftsgeistes. Aus diesem Grund darf denn auch das gesellige-gesellschaftliche Zusammensein in den Seminaren, die Zeit für Gespräche und Erfahrungsaustausch in zwangloser Atmosphäre nicht zu kurz kommen. Kaffeepausen, ein ausgedehntes Nachtessen, ab und zu musikalische Unterhaltung aus parteieigenen Reihen tragen massgeblich zur Pflege des Gemeinsinns bei.

## Alle machen mit

Aus meiner mehrjährigen Erfahrung als Präsident der Ausbildungskommission darf ich sagen, dass die Seminare durchwegs sehr erfolgreich und erfreulich verlaufen sind. Dazu beigetragen haben in verdankenswerter Weise vor allem die sehr gut motivierte, mit grossem Engagement, Können und Freude arbeitende Seminarequipe der Ausbildungskommission, die organisatorisch-administrativ grosse Hilfe des kantonalen Parteisekretariats, meine jeweils spontan als Referentinnen und Referenten mithelfenden Fraktionskolleginnen und -kollegen, die volle Unterstützung von seiten des jeweiligen Präsidenten unserer Kantonalpartei.

Hinzu kommt die praktisch ausnahmslos positiv-kreative, kameradschaftliche Haltung der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer, welche massgeblich dazu beiträgt, dass die Seminare – nebst dem, dass sie dazu dienen, Wissen und Können zu mehren – vor allem auch in menschlicher Hinsicht zu einem besonders schönen und bleibenden Erlebnis werden.

In einer derart positiven Atmosphäre parteipolitische Ausbildungsarbeit zu leisten, ist jedesmal wieder eine ausgesprochen befriedigende und erfreuliche Erfahrung. ■

## Mut zum öffentlichen Auftritt!

Grosse Erfahrungen mit öffentlichen Auftritten, Referaten und Versammlungsführung hatten wohl die wenigsten Teilnehmer, die das Grundseminar I vom 4./5. Juni 1993 der FDP in Wildhaus besuchten. Wir waren eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von Interessenten und Parteimitgliedern, einigen Behördenmitgliedern und Kandidaten für die Behördentätigkeit. Die persönlichen Gründe für die Teilnahme am Seminar waren demzufolge auch verschieden. Die Zweifel einiger Teilnehmer, die glaubten, dass dieses Seminar nur für «Vollblutpolitiker» konzipiert sei, waren schnell beseitigt.

In diesen zwei Tagen übten wir uns in Kurzreferaten anhand einer Fallstudie, die sich in jeder Gemeinde abspielen könnte. Nach anfänglichem Zögern war das Eis gebrochen. Die spontanen Kurzreferate waren sehr gut und ermutigten uns, unsere Standpunkte darzulegen. Von erfahrenen Politikern erhielten wir Anregungen zur Gestaltung eines Referats sowie Tips für das Auftreten in der

Öffentlichkeit. Als krönenden Abschluss referierte Parteipräsident Walter Bosshard. Dieses Referat zeigte uns, dass die FDP klare Ziele, Vorstellungen und Ideen hat, die es umzusetzen gilt.

Im Hotel Acker in Wildhaus wurden wir kulinarisch verwöhnt. Die ungezwungene Atmosphäre ermöglichte es, neue Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Ich persönlich möchte allen dieses Grundseminar I empfehlen, die noch keine oder wenig Erfahrung aus der Vorstands- oder Behördentätigkeit mitbringen und nicht gewohnt sind, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Für Absolventen des Grundseminars I und für erfahrenere «Parteifüchse» findet im September 1993 im Hotel Acker das Grundseminar II statt.

Allen Teilnehmern des Grundseminars I wünsche ich viel Mut zum ersten öffentlichen Auftritt, und auf Wiedersehen in nächsten Grundseminar.

*Brigitte Spiess*  
Mitglied FDP Thalwil